

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sinda u. Magdeburg. Druck und Verlag von W. J. J. u. R. o. Magdeburg. Geschäftsbelle: Gr. Mühlgr. 3. Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 761.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk., zzgl. Befehlsgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntag- und ältere Nummern 10 Pf. Infektionsgebühr: die 7gepaltene Kolonietafel 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil 2 Pf. Zeitungspostgebühr Seite 443.

Nr. 284.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Dezember 1912.

23. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 14 Seiten

Neuer Alarm.

Seit Wochen gleicht die internationale Politik einer hysterischen Dame, die von einem Schreckkrampf in den andern verfällt. Jeder Pause der Abspannung und Erschlaffung folgt ein neuer tumultuarisch verlaufender Anfall, dessen Entstehungsgründe ebenso im dunkeln bleiben wie die Ursachen der bald darauf eintretenden Ermattung. Ruhe gibt's nicht mehr. Mit nervöser Gereiztheit wartet die Welt in den Augenblicken der Stille und der Friedensbeteuerungen auf einen neuen Ausbruch des gräßlichen Lärms. In allen Ländern steigt die Erregung über diesen Zustand, der, je länger er dauert, desto unerträglicher wird. Bald scheint nur die eine Frage mehr angebracht zu sein, in welcher Richtung sich die aufgeschichteten Leidenschaften entladen werden: nach außen durch einen Krieg oder nach innen durch eine unerbittliche Abrechnung mit den Regierungen, die diesen Zustand der Unsicherheit und Ueberreizung verschulden.

Auch Bethmann muß, wenn er wirklich ein Friedensfreund ist, aus den Zeitungen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß er mit seiner Rede vom Montag dem Frieden einen Bärendienst geleistet hat. Dieselbe Wiener schwarze Presse, die einig war in dem Bemühen, die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu unterdrücken oder zu verfälschen, stimmt über die letzte Kanzlerrede wahre Jubelhymnen an. Der notdürftig gedämpfte Uebermut erhebt in Oesterreich aufs neue das Haupt, und die Gewissenslosen, die wegen des serbischen Kranks ganz Europa in ein Trimmerfeld verwandeln möchten, reiben sich die Hände.

Im Augenblick gibt noch mehr als die Adriafrage die vielberufene Affäre des Konsuls Prochaska zu neuen Spekulationen den Anlaß. Wegen dieser Affäre wird ein „sehr ernster Schritt der österreichischen Regierung“ angekündigt; es soll angeblich eine Genugtuung in aller Form erzwungen werden, obwohl das Tatsachenmaterial, das diesem unbedeutenden Zwischenfall zugrunde liegt, noch keineswegs geklärt ist. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die mehr als irgendeine andre berufen erscheint, vor dem Haager Schiedsgericht ausgetragen zu werden; alle mittelbar interessierten Mächte müßten sich vereinigen, um einen sachgemäßen, den modernen Kulturbegriffen entsprechenden Austrag der strittigen Sache zustande zu bringen. Man erinnere sich der Casablanca-Affäre, mit der der Prizrender Fall eine auffallende Ähnlichkeit hat — dort war ein Organ des deutschen Konsulats von französischen Soldaten angegriffen worden —, auch sie ist nicht mit den Waffen in der Hand erledigt worden, sondern durch ein internationales Schiedsgerichtsverfahren, wie es zivilisierten Staaten ziemt.

Gewisse deutsche Stellen aber scheinen es neuerdings für ihren Beruf zu halten, Del in die Flamme des serbisch-österreichischen Konflikts zu gießen, statt zu beruhigen aufzuwiegen, statt zu dämpfen scharf zu machen. Wie ein Fanfarenstoß wirkt ein Artikel der offiziellen „Köln. Stg.“, in dem ausgeführt wird, wenn Oesterreich vor der serbischen Hartnäckigkeit die Segel streiche, würde das Prestige Oesterreichs derart geschwächt werden, daß Oesterreich für Deutschland als Bundesgenosse erheblich an Wert verlieren müßte. Es stehe bei Rußland, den serbischen Gernegroß in seine Schranken zu verweisen; man habe aber nicht gehört, daß Rußlands Ententegenossen sich besonders beeiferten, der russischen Regierung die Zunge zu lösen. Solange diese nicht gesprochen habe, werde das Kriegsgespinnst nicht gebannt.

Hier wird, entgegen allen bisherigen offiziellen Beteuerungen, der Versuch gemacht, den österreichisch-serbischen Streit zu einem Konflikt zwischen Dreieinbund und Tripelentente zu erweitern, und Oesterreich wird offen aufgefordert, mit seinem Prestige auch das Prestige des Dreiebunds zu wahren. Als ob man in Wien nicht schon genug und übergenug leere Prestigepolitik getrieben hätte! Diese Prestigepolitik, die ein offizielles Blatt jetzt vertritt, ist nichts andres als eine Politik der Eitelkeit und des Eigensinns, des Beharrens bei dem vorgefaßten Willen, nicht weil dieser Wille vernünftig wäre, sondern weil man durch Nachgiebigkeit und Entgegenkommen an seinem Ansehen zu verlieren fürchtet.

Mit denselben heiseren Argumenten arbeitet die russische Panlawistenpresse. Hier ist es natürlich wieder das Prestige Rußlands, das auf dem Spiele stehen soll, wenn die russische Regierung die serbischen Forderungen nicht rückhaltlos unterstützt. Und entschließt man sich auch jetzt, so wird man auch dort bald zu hören bekommen, daß das Prestige der Tripelentente ein unerschütterliches Zusammenstehen der Westmächte mit Rußland erfordere.

Der „Weltkrieg um Prochaska“, von dem die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ jüngst in einer ihrer wenigen un-

konfiszieren Nummern ironisch sprach, ist also heute nicht mehr bloß ein greller Witz, er beginnt schon drohende Gestalt anzunehmen. Weil ein österreichischer Konsul, möglicherweise doch nicht ganz ohne eignes Verschulden, ein paar blaue Flecke abbekommen hat, soll sich Europa im Blute wälzen: das Prestige des Dreiebunds und das Prestige der Tripelentente fordern es. Wer das nicht einsieht, hat kein Gefühl für nationale Ehre und ist als Vaterlandsverräter reif für das Standrecht.

Statt den Stimmenchor des Gewissens und der Vernunft zu verstärken, der sich in den Völkern millionenfach erhebt, machen die bürgerlichen Parteien des Reichstags aus der Debatte über die auswärtige Politik eine Sozialisten- und erheben gegen die Sozialdemokratie die furchtbare Anklage der internationalen — Friedensstiftung. So steht die Welt zur Abwechslung wieder einmal auf dem Kopfe. Wie lange wird sie derartige Evolutionen ertragen, ohne daß es Trümmer und Scherben gibt? —

Ausnahmegeetze in Oesterreich-Ungarn.

Dem ungarischen Parlament sind drei neue Gesetzentwürfe vorgelegt worden, die sich in ähnlicher Richtung bewegen wie die österreichischen Kriegsgeetze. Etwas Besonderes allerdings muß Ungarn voraus haben: Es befindet sich darunter ein Gesetz mit dem harmlosen Titel „Ausnahmeverfügungen den Kriegsfall betreffend“, das die ungeheuerlichsten reaktionären Maßregeln in das Belieben der Regierung stellt. Alle Gebiete der Verwaltung können unter dem Normen eines solchen Ausnahmezustandes diktatorisch und ohne alle Rechtsgarantien zu Verfügungen gegen das Volk benutzt werden; alle verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können aufgehoben, die Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungstätigkeit vernichtet und das Koalitionsrecht zertümmert werden. Immer natürlich „nur für die Zeit einer Mobilisierung und für den Kriegsfall“.

Daß diese dehnbaren Voraussetzungen besonders in Ungarn keinen Schutz bedeuten, liegt auf der Hand. Sagt doch gleich § 1, daß die vorgeesehenen Ausnahmemaßregeln, wenn nötig, auch schon im Falle militärischer Vorbereitungen getroffen werden können. Zur Vollstreckung der dem Ministerium gegebenen Machtvollkommenheiten können Regierungskommissare ernannt werden, die mit diktatorischer Gewalt ausgestattet sind. Nicht nur können sie im Rahmen des Gesetzes jede Verfügung treffen, sie dürfen auch alle Machtmittel anwenden, ihre Verfügungen durchzusetzen, und zu diesem Zweck unmittelbar die Angestellten der Komitate, Städte und Gemeinden kommandieren. Beschlüsse der Gemeinden und Städte, welche den Anordnungen dieser Diktatoren zuwiderlaufen, werden von Amts wegen annulliert. Gegen die Anordnungen der Diktatoren gibt es weder eine Beschwerde noch eine Appellation. Das Ministerium ist ferner ermächtigt, den Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr während des Ausnahmezustandes der Kontrolle zu unterwerfen. Im übrigen seien aus dem Gesetz folgende Bestimmungen hervorgehoben:

§ 9 gibt dem Ministerium das Recht, die Bildung neuer Vereine oder Vereinsfilialen zu verbieten, die Sitzungen bestehender Vereine zu kontrollieren und deren Tätigkeit einzuschränken oder die Vereine zu suspendieren. Wer eine auf Grund dieser Vorschriften erlassene Verordnung verlegt, wird mit Arrest bis zu 2 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 Kronen bestraft. Das Ministerium kann ferner die Abhaltung von Volksversammlungen, Aufzügen usw. verbieten. Zuwiderhandlungen gegen ein solches Verbot werden gleichfalls mit Arrest bis zu 2 Monaten oder Geldstrafe bis zu 600 Kronen bestraft.

Das Ministerium kann verfügen, daß die dem Staatsanwalt einzureichenden Pflichtexemplare der periodischen Zeitschriften und anderer Preßprodukte der Polizeibehörde vor der Expedition einzuhändigen sind und daß die Verendung dieser Zeitschriften erst 3 Stunden nach der Einhandigung des Pflichtexemplars erfolgen darf. Andre Druckschriften dürfen nicht vor Ablauf einer Woche nach Einreichung des Pflichtexemplars verbreitet werden. Die Staatsanwaltschaft kann das Preßerzeugnis verbieten. Das Ministerium kann verfügen, daß sämtliche Zeitungen, Preßprodukte des Auslandes, bevor sie dem Adressaten ausgehändigt werden, einer Kontrolle unterworfen werden. Wer unter Verletzung des Verbots ein Preßprodukt versendet oder dessen Verendung ermöglicht, wird mit einer Zuchthausstrafe von 3 bis 5 Jahren bestraft. — § 12 ermächtigt das Ministerium, Delikte, welche vor das Schwurgericht gehören, an Berufs-

richter zu überweisen. Die tollsten Bestimmungen enthält § 13: Derjenige, der in Kriegszeiten Arbeiter zu gemeinjamer Einstellung der Arbeit, Arbeitgeber zur Aussperrung der Arbeiter auffordert, ist mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu 8000 Kronen zu bestrafen. Der nämlichen Strafe verfallen diejenigen, welche Arbeitswillige an der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit hindern. Derjenige, der sich an einer Aussperrung oder Arbeitseinstellung beteiligt, ist mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 4000 Kronen zu bestrafen.

Dieses ungeheuerliche Ausnahmegesetz soll schon am Donnerstag im ungarischen Parlament verhandelt werden und, wie die Dinge stehen, ist nicht daran zu zweifeln, daß es Annahme findet. Ob die Rufas und Tizza glauben, damit ihre Macht zu stärken? Wir haben das Gefühl, daß mit solchen Maßregeln der Revolution eher vorgearbeitet wird, als daß ihr Abbruch geschähe. —

Eine einzige Kaserne.

Die österreichische Regierung hat dem Parlament drei Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich auf die Kriegseinstellungen der Zivilbevölkerung beziehen. Es wird bestimmt, daß im Fall einer Mobilisierung — also nicht erst im Fall eines Krieges — alle Männer bis zum 50. Lebensjahr ohne Unterschied, ob sie Soldat waren oder nicht, zu Kriegseinstellungen verpflichtet sind. Sie sollen zwar, wenn sie nicht Soldat waren, nicht zu Waffendiensten herangezogen werden, es kann ihnen aber jede andre Dienstleistung auferlegt werden. Sie sollen weiter der militärischen Gerichtsbarkeit und Disziplinar-gewalt unterstehen. Der Lohn für diese Dienstleistungen soll einfach durch Verordnung bestimmt werden, so daß es in das Belieben der Militärbehörde gestellt sein würde, was sie den Arbeitern, Angestellten usw. für ihre Arbeit bezahlen.

Weiter bestimmt das Gesetz, daß Fabrikanten, selbständige Gewerbetreibende und Landwirte nicht außerhalb ihrer Wohngemeinden herangezogen werden sollen. Für Arbeiter und Angestellte wird aber diese Einschränkung nicht angeführt, so daß 3. B. qualifizierte Wiener Arbeiter ohne weiteres zu Erdarbeiten an der russischen Grenze bestimmt werden können.

Eine weitere Bestimmung sagt, daß die Arbeiter und Angestellten der Verfahrnsinstitute, Munitionsfabriken und Ernährungsgewerbe unter keinen Umständen im Fall einer Mobilisierung ihr Arbeitsverhältnis verlassen dürfen.

Es wird für die zu Kriegseinstellungen Herangezogenen weder eine Kranken- noch eine Unfallversicherung bestehen; sie haben einzig und allein den Anspruch, in den Militärhospitälern untergebracht zu werden. Im Falle ihres Todes oder ihrer Erwerbsunfähigkeit bekommen die Angehörigen lediglich die lächerlich geringe Unterstützung, die die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Soldaten bekommen.

Viel liberaler ist das Gesetz gegenüber den bürgerlichen Kreisen, denen es Entschädigungen für ihre Dienstleistungen gewährt. Selbstverständlich wird das kaiserliche Haus, der regierende Fürst v. Liechtenstein und natürlich auch die Geistlichkeit von allen Kriegseinstellungen ausgenommen. Bezeichnend ist, daß durch die Bestimmungen des Gesetzes über die Requirierung von Nahrungsmitteln dem Lebensmittelwucher geradezu Vorbehalt geleistet wird, weil für requirierte Lebensmittel unter Umständen nicht nur die geltenden Preise, sondern auch noch ein Zuschlag bezahlt wird. Die Arbeiter aber werden mit einem Federstrich der Militärbehörde um ihr Koalitionsrecht und ihre Lohnansprüche, um ihre Bürgerrechte, kurz um alles gebracht werden.

Es ist klar, daß ein solches Gesetz, das es in das Belieben der Militärbehörden stellt, wann die staatsbürgerlichen Rechte aller einfach aufgehoben werden, wann ganz Oesterreich in eine Kaserne verwandelt wird, die allgemaine Entrüstung hervorrufen muß. Deshalb haben die Regierungsparteien sofort den Versuch gemacht, im Ausschuß des Parlaments das Gesetz durchzupeitschen, ein Beginnen, das durch die Sozialdemokraten vereitelt wurde, indem sie forderten, daß man so lange das Gesetz nicht verhandelt, bis die Regierung eine Begründung vorlegen werde. Denn die Regierung hat die Gesetze eingebracht, ohne ein Wort der Erklärung hinzuzufügen. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde angenommen.

Wenn das österreichische Parlament nicht so korrupt wäre, müßte es dieses Gesetz der Regierung mit Entrüstung vor die Füße werfen. Aber wenn die bürgerlichen Parteien auch mit den Zähnen knirschen — denn es sind darin auch zahlreiche Bestimmungen, die die bürgerlichen Schichten schwer treffen, indem sie die Rechtssicherheit des Eigentums herabsetzen, jedem Truppenkommandanten geradezu das Recht zur Enteignung jedes Menschen geben —, so werden sie, doch der Regierung auch dieses Gesetz apportieren und höchstens

den Mut aufbringen, die allergrößten Provokationen zu streichen. Damit ist aber wenig geholfen. Nächstens wird sich daher über ganz Oesterreich ein einziges Kasernendach wölben.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 4. Dezember 1912.

Das sächsische Volksschulgesetz angenommen.

Am Dienstag wurde die Beratung des Volksschulgesetzes im sächsischen Landtag zu Ende geführt. Angenommen sind: Allgemeine Volksschule, Schulgeldfreiheit, Herabsetzung der Klassenfrequenz, obligatorischer Mädchenfortbildungsschulunterricht, geringe Einschränkung der geistlichen Aufsicht des Religionsunterrichts, ferner Nichtbeteiligung der Dissidentenkinder am Religionsunterricht. Der Religionsunterricht wird nicht nach dem Buchstaben des Bekenntnisses, sondern nach einer freieren religiösen Auffassung (Zwickauer Thejen) erteilt.

Die sozialdemokratische Fraktion konnte nach diesem Ausgang für das Gesetz stimmen. Es fand eine namentliche Abstimmung statt. Mit 61 gegen 28 Stimmen wurde das Schulgesetz nach den Beschlüssen der Zwischendeputation und mit den entsprechenden Änderungen angenommen. Dagegen stimmten die Konservativen, dafür die Sozialdemokraten, Freijüngern und Nationalliberalen.

Ein gelber Angestelltenverband.

Je stärker in der Angestelltenbewegung die gewerkschaftlichen Tendenzen werden, um so eifriger greift das Unternehmertum nach den Mitteln, die es in dem Kampfe gegen die vordringende Arbeiterherrschaft erprobt hat. Die Zahl der Maßregeln, die auf die Organisationszugehörigkeit der Angestellten zurückzuführen sind, wächst, das System der schwarzen Listen wird eingeführt, und jetzt hören wir auch von dem Versuch, eine gelbe Angestelltenbewegung in größerem Stil ins Leben zu rufen. Nicht etwa, als ob es bisher an „unternehmertreuen“ Beamtenvereinigungen gefehlt hätte, aber sie waren Wertverbände, die über die eine Firma nicht hinausgriffen. Was neuerdings geplant wird, ist die Schaffung einer Organisation, die dem Bund vaterländischer Arbeitervereine würdig an die Seite treten soll.

In Hannover erhielten vor einigen Tagen mehrere Techniker Briefe, in denen ihnen der Gedanke eines Zusammenstufens gegen diejenigen Verbände nahegelegt wurde, deren Bestrebungen auf eine Machtverfälschung der Sozialdemokratie hingen und die sich zu „Bannerträgern des Massenkampfes“ machten. Sie sollten sich, so heißt es, in lokalen Vereinigungen zusammenschließen, nicht aber in zentralistischen Verbänden, in denen der Wille des einen oder weniger leitender Persönlichkeiten der Allgemeinheit aufgedrückt wird.

In Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl Kollegen aus den verschiedensten Ortsteilen Deutschlands soll nunmehr die Gründung einer technischen Standesvereinigung, die die Gewähr bietet, daß neben den wirtschaftlichen Einrichtungen wie Stellenvermittlung, Stellenlosenunterstützung, Rechtschutz, Krankenzuschuß- und Sterbefälle, auch den Forderungen der lokalen Verhältnisse Rechnung getragen wird, in die Wege geleitet werden.

Ausgehend von der Tatsache, daß die meisten Techniker der hohen Beiträge wegen sich einer Organisation noch nicht angeschlossen haben, ist ein 9 Mark nicht übersteigender Grundbeitrag in Aussicht genommen. Den Mitgliedern soll es freigestellt bleiben, durch abgesetzte geringe Sonderbeiträge sich einen Rechtsanspruch auf Stellenlosen- und Krankenzuschuß zu erwerben.

unterzeichnet war das Schriftstück von einem Herrn Bogeler, und als man dem Abtender nachforschte, stellte sich heraus, daß seine Adresse identisch war mit der — des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!

Das also ist die Stelle, die an der Schaffung einer Standesvereinigung ein so lebhaftes Interesse besitzt und die Techniker so eindringlich vor der Tyrannei der Leitungen zentralistischer Verbände warnt.

Ob ähnliche Aufforderungen auch schon in andern Städten ergangen sind, steht dahin. Jedenfalls wird es sehr interessant sein festzustellen, ob die Saat auf einen fruchtbaren Boden fällt. Einigermassen anziehend wird ja die recht niedrige Normierung der Jahresbeiträge wirken. Die bestehenden Verbände — Bund technisch-industrieller Beamten und Deutscher Technikerverband — die nebenbei beide parteipolitisch neutral sind, und es energisch ablehnen, irgendwie mit der Sozialdemokratie identifiziert zu werden, verlangen bedeutend mehr und könnten auch mit 9 Mark schlechterdings nicht auskommen. Aber die Reichsverbände-Gründung darf wohl darauf rechnen, daß etwaige Defizite bei ihr von dritter Seite gedeckt werden. Auch der Druck des Unternehmertums wird seine Rolle spielen und auf die Ehrschätschen, die ja noch immer in allzu großer Zahl vorhanden sind, wird wieder einmal die Unterjochung des berühmten Standesgefühls wirken.

„Standesgefühl“.

Das „Standesgefühl“ tritt in den Verbänden der leitenden Angestellten immer noch eine Rolle. Aber — im Organ des Verbandes der deutschen Maschinenbauunternehmer fand ich vor kurzem die folgende Aufschreibung:

Sagun, welcher eine Fachschule absolviert hat und in Eisenbahn und Fabrikation besonders erfahren ist, ist ein gesucht. Alter 29 bis 34 Jahre. Gehalt 100 bis 110 Mark.

In einer andern Stelle wird im gleichen Blatt ein Lokomotivführer (namentlich nur für Dampfmaschinen zu Gebrauchen) gesucht, gelernter Schlosser, Gehalt 150

bis 170 Mark, ein Schichtmeister, Tagelohn 8 Mark, und Arbeiter 38 bis 40 Pfg. die Stunde!

Dem Techniker mit seinen 100 Mark wird aber vorgeordnet, er sei etwas unendlich Besseres als der Schlosser mit seinen 150 Mark oder der Schichtmeister, der es bei 25 Arbeitstagen auf ein Monatseinkommen von 200 Mark bringt. Das Erstarken der gewerkschaftlichen Vereinigungen beweist ja, daß es in den Köpfen der Angestellten zu dümmern beginnt. Allerdings kann nicht verkannt werden, daß man hier und da noch zu sonderbaren Schlussfolgerungen gelangt.

Da finden wir z. B. in dem Blatte der neuen Bankbeamtenorganisation einen Artikel über Standesehre und Bankinteresse, in dem bemerkenswerte Mitteilungen über den Ersatz der Bankangestellten gemacht werden.

Mehrere mir bekannte Großbanken, an deren Spitze ein staatliches Institut im Konfektionsviertel steht, befriedigen bereits ihre Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem Tagelöhnermarkt. Stellungslose Schreiber, Versicherungsagenten, Militärpersonen, geachtete Existenzen aller Art folgen für 4 Mark oder 5 Mark pro Tag — ein Steinträger verdient das Doppelte — ihrem Ruf und haben dann die Genugtuung, just neben einem ehemaligen Abiturienten, Handelshochschüler oder Volontär aus „ersten Gesellschaftskreisen“, der seinen ganzen Stammbaum dem Anstellungsgesuch beifügen mußte, dieselbe Arbeit zu verrichten.

Der Verfasser des Artikels meint, daß unter diesen Umständen das Depotgeheimnis der Banken nicht mehr gewährleistet werden könne, daß also die Kundschaft ein Interesse an der Beilegung der „in ihrer Notlage ausgenutzten Tagelöhner“ und die höhere Bezahlung der eigentlichen Bankbeamten erheische. Wir fürchten, daß der Appell an die Kunden wenig helfen wird, denn die so eingestellten Arbeitskräfte erhalten gar keinen Einblick in die Geheimnisse der Großbank. Sie leisten dem Unternehmer dieselben Dienste wie jene untern Angestellten, die sich mit besonderem Stolz Bankbeamte nennen, und die sich nicht in ihrer Tätigkeit, sondern höchstens in ihrem „Standesgefühl“ von den „Tagelöhnern“ unterscheiden.

Für sie bleibt eben nichts als Erkennen und Sagen dessen, „was ist“, d. h., sich mit proletarischem Bewußtsein zu durchdringen und den Kampf gegen den Kapitalismus rücksichtslos aufzunehmen. In derselben Nummer des „Deutschen Bankbeamten“, der diesen Notruf bringt, vermahnt sich einer entrichtet gegen den Vorwurf, die Mitglieder der neuen Organisation seien halbe Sozialdemokraten und bekämpften den Kapitalismus:

Diese Verdächtigung ist natürlich energisch zurückzuweisen. Nicht den Kapitalismus, sondern seine fürchtbaren Auswüchse bekämpft unser Verband. Wenn z. B. der erste Direktor einer hiesigen Großbank nach der Aussage eines Prokuristen 2 Millionen Lantime erhält und inklusive Gehalt und Aufsichtsgeldern jährlich weit über zwei Millionen Mark verdient, dann empfinde ich dies als ungeheuerlichen Ausbruch des Kapitalismus und bin der Meinung, der Direktor müsse sich schämen, daß in einer Bank zahlreiche junge Kollegen mit monatlich 96 Mark Gehalt angezogen und fleißig arbeiten, daß viele verheiratete Beamte als Buchhalter, Korrespondenten, Effektenkassierer und so weiter mit monatlich 150 bis 200 Mark Gehalt Frau und Kinder ernähren müssen.

Vielleicht wird auch dieser Bankbeamte einmal einsehen, daß es sich hier nicht um Auswüchse des Kapitalismus handelt, sondern um den Kapitalismus selbst, und hoffentlich wird er dann mit seinen Kollegen die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen.

Der alldeutsche Hampelmann.

Der Gesamtverband des Alldeutschen Verbandes hat es für notwendig gehalten, auch seinen Senf zu den Erörterungen über die politische Situation zu geben. Er ist in Straußweg zusammengekommen, sein Vorsitzender, Rechtsanwalt Dr. Claf aus Mainz, hat dem Generalmajor v. Liebert, dem Professor Graf du Moulin-Géart, dem Chefredakteur der „Post“ und den andern Vertretern des einzig wahren Deutschtums den Zusammenhang zwischen der Frage des Adriafahens und den Interessen des Deutschen Reiches erklärt, und man ist zu dem Ergebnis gelangt, daß Deutschtum und seine berühmte schimmernde Wehr anlegen müsse, um Oesterreich-Ungarn gegen Serbien und die andern Balkanstaaten beizuhelfen:

Oesterreich sei nach allen Zerungen des neuen Kurzes und infolge ihrer der einzige Großstaat, der nicht als unser offener oder heimlicher Feind angesehen werden müsse; bei dieser Sachlage bedeute eine Schwächung dieses Bundesgenossen eine Schwächung des Reiches selbst, seine Niederlage werde uns in schwerster Weise treffen. Deshalb müsse beides verhindert werden durch rechtzeitigen Beistand, über den die Welt sich nicht zweifeln dürfe. Wenn jetzt gefragt werde: Was? für reichsdeutsche Interessen hat die Reichsregierung den Entschluß zum Kriege nicht gefunden, für Oesterreich wolle sie ihn wagen, so ist schon mit jenem Hinweis auf die Einwirkungen etwaiger Veränderungen in Oesterreichs Rechtsstellung auf unsere eigene Lebensart als oberflächlich widerlegt usw. usw.

So Herr Claf in Straußweg. Wer hat aber denn nun die „oberflächliche Redensart“ gebraucht, daß es an der Adria nicht um deutsche Interessen gehe? Nun, vor einer Woche tagten die rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes, und derselbe Herr Claf hat auch bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über die politische Lage vom Stuhl gehalten. In dem Bericht über dieses Referat sagt die alldeutsche „Post“:

Nicht ohne Bitterkeit wurde festgestellt, daß, wenn es jetzt wegen des Vordringens Serbiens an die Adria zu einem Kriege komme, dann das Reich Waffenhilfe leisten müsse, weil es keine andre Wahl habe. Für unsere eigenen Interessen haben wir das Schwert nicht zu ziehen gewagt. Jetzt werden wir dazu gezwungen, es für fremde zu tun.

Man sieht, die Alldeutschen sind in mehr als einem Sinne Geldlos. Sie bringen es sogar fertig, ihre eigenen Worte zu freffen.

Der Balkankrieg.

Krieg unter den Verbündeten.

Der Waffenstillstand ist geschlossen, aber nur zwischen der Türkei einerseits und Bulgarien, Serbien sowie Montenegro andererseits. Griechenland führt den Krieg weiter. Wenigstens heute noch. Morgen wird es notgedrungen schon einlenken.

Zimmerhin beweist dies Aus-der-Reihe-Lenzen deutlich, bis zu welchem Punkte die Reibereien zwischen Bulgarien und Griechenland schon gediehen sind. Die Rivalität zwischen beiden ist an dieser Stelle schon des öfters erwähnt worden. Sie hat in den letzten Tagen eine scharfe Beleuchtung erhalten durch die Veröffentlichung des Berichts des bulgarischen Generals Theodorow über die Einnahme von Saloniki. Dieser Bericht ist nicht erst jetzt in Sofia eingetroffen, er befindet sich schon einige Zeit in den Händen der bulgarischen Regierung. Diese wollte ihn zu den Geheimnissen legen. Als der Konflikt mit Griechenland sich aber verschärfte, beschloß sie, den Pfeil gegen die Griechen abzuschicken. Die bulgarischen Behörden waren die ganze Kriegszeit hindurch sehr karg mit der Veröffentlichung von amtlichen Berichten. Gegenüber den Griechen sind sie plötzlich redselig geworden. Sie unterbrücken nicht ein Wort aus den Mitteilungen des Generals Theodorow:

Während meine Armee allein vor Saloniki kämpfte, hatten die Griechen 17 Kilometer von Saloniki entfernt mit den Türken unterhandelt, und so ergaben sich diese, von unsern Waffen bezwungen, den Griechen, die die Griechen günstige Bedingungen gestellt hatten. Wir marschierten mit den Waffen ein, die Griechen ohne Schwertstreich, indem sie die Erfolge unfres Kampfes ausnutzten. Das ist die Wahrheit über die Einnahme Saloniki.

Das ist ein scharfer militärisch-politischer Konflikt. Der griechische Ministerpräsident Venizelos tat sich vor Wochen viel darauf zugute, daß er seine Griechen veranlaßt hat, ihren alten Haß gegen die Bulgaren zu unterdrücken. Er ebnete auf diese Weise dem Balkanbund den Boden und ermöglichte den gemeinsamen Krieg gegen die Türkei. Die Griechen jubelten ihm nach den ersten Siegen deswegen zu. Er soll sich in acht nehmen: die Zeit kann kommen, wo sie ihn steinigen.

Weiter. Die Stadt Monastir ist von den Serben eingenommen. Der Kronprinz von Griechenland soll von Saloniki aus dem Kronprinzen von Serbien in Monastir einen Besuch abgestattet haben. Griechische Truppen befanden sich in der Nähe von Monastir, als die Serben dort einrückten. Sie kamen zu spät. „Doch was tut's,“ meinte man in Griechenland, „unter Freunden ist das ganz egal.“ Monastir werde ja doch nicht serbisch bleiben, und die Serben würden schon so gut sein, die Stadt ihren griechischen Freunden zu überlassen. Aber was geschieht? Die Serben marschieren in der Tat von Monastir ab, doch nicht die Griechen, sondern die Bulgaren bekommen den Platz aus ihren Händen. Und um der bitteren Pille einen noch änderen Geschmack zu geben, sagen Serben und Bulgaren gemeinsam, daß sie nicht daran denken, die Hauptstadt des Epirus, Janina, wo noch türkische Truppen stehen, für die Griechen zu holen. Wenn die Griechen Janina wollen, sollen sie es sich selbst nehmen. Weshalb haben sie es nicht schon getan, da es doch nur einen Satzsprung von ihrer Grenze entfernt ist? Aus dem einfachen Grunde, weil sie ihre Hauptkräfte nicht für die Eroberung des Epirus eingesetzt haben, es vielmehr vorzogen, den leichtern Weg nach Saloniki einzuschlagen. Nun sitzen sie in Saloniki, nisten sich dort behaglich ein und erklären sich unmutig, daß es ihnen im Traume nicht einfällt, sich von dort wegzubeben. Doch jo haben Bulgaren und Serben nicht gewettet. Sie wollen nicht denjenigen die größten Erfolge gönnen, die die geringsten Opfer gebracht haben.

Und weshalb schließt sich Griechenland von dem Waffenstillstand aus, dem der Frieden bald folgen muß? Die Griechen erklären, daß sie unter dem Entgegenkommen der Bulgaren zu kurz kommen. Bulgarien findet es für geraten, auf die Uebergabe von Adrianopel zu verzichten. Wenn aber Adrianopel den Bulgaren nicht zufällt, wird Bulgarien bei den bevorstehenden Gebietsveränderungen die griechischen Ansprüche einengen. Deshalb spielt sich Griechenland bulgarischer auf, als die Bulgaren selbst, und verlangt, daß Bulgarien ohne Adrianopel keinen Waffenstillstand schließt. Ferner, Bulgarien und Serbien sind einverstanden damit, daß der Waffenstillstand nicht abhängig gemacht werden von Veränderungen in der strategischen Lage oder von der Auslieferung noch nicht erobert türkischer Plätze an die Verbündeten. Die beiden Staaten werden ihre sehr kräftigen Gründe für diese ihre Selbstbeileidung haben. Griechenland denkt anders darüber. Es verlangt, habe seine Unterschrift unter den Vertrag steht, die Kapitulation von Janina. Diese ist ihm erklärlicherweise nicht zugestanden worden und so hält sich Griechenland vorläufig schmolzen abseits.

Natürlich kann diese Isolierung nicht lange dauern. Griechenland kann sich nicht absondern, kann nicht auf eigene Faust den Krieg fortführen. Es wird bald von selber kommen und murrend die Bedingungen akzeptieren. Der griechische Vorstoß ist daher weniger wichtig für den Augenblick, wohl aber bedeutsam bei der Erörterung der Frage, welche Festigkeit und Stokkraft der Balkanbund für die Zeit nach dem Friedensschluß entwickeln wird: Viel Günstiges kann man einstweilen nach diesen Proben nicht voraussagen.

Letzte Meldungen.

London, 4. Dezember. Wie das Neuterage Bureau erfährt, sind die türkischen Bedingungen für den Waffenstillstand viel weitgehender, als die telegraphischen Berichte es bisher zum Ausdruck brachten. Danach verlangt die Türkei nicht nur das Recht, alle belagerten Festungen zu probieren, sondern ebenso alle in Mazedonien oder ionien

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 284.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Dezember 1912.

23. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

76. Sitzung.

Berlin, 3. Dezember, 1 Uhr nachm.

Am Bundesratsstisch: W. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbriick, Dr. Visco.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. Dr. Müller (Meiningen, Fortschr. Vp.): Werden die verbündeten Regierungen noch in der laufenden Session einen Theatergesetzentwurf vorlegen?

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Grundzüge eines Theatergesetzentwurfs sind ausgearbeitet und werden in den nächsten Tagen den Kreis der Interessenten, Bühnenunternehmer und Bühnengehörigen zur Prüfung zugehen. Gleichzeitig wird eine Veröffentlichung dieser vorläufigen Entwürfe stattfinden. Bevor die verbündeten Regierungen eingeladen werden, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen, wird den Kreis der Beteiligten nochmals Gelegenheit gegeben werden, zum Entwurf ihrerseits Stellung zu nehmen. Es werden dazu Anfang Januar aus den Kreisen der Bühnenmitglieder und Bühnenunternehmer Vertreter einberufen werden zu einer Besprechung. Von dem Fortgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, wann der Gesetzentwurf vorgelegt werden wird.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen das Bühnenweihfestspiel Parzival demnächst schlußfrei wird und daß weite Kreise unseres Volkes für eine reichsdeutsche Gesetzesbestimmung sowie für eine internationale Konvention eintreten, um ungeeignete Darstellungen dieses Festspiels zu Erwerbzwecken unmöglich zu machen? (Weiterkeit.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco: Es ist dem Herrn Reichskanzler bekannt (große Heiterkeit), daß nach den Vorschriften der §§ 29 bis 34 des Gesetzes vom 19. Juli 1901 der Schluß der betreffenden Werke Richard Wagners mit Ablauf des nächsten Jahres endigt. Es ist dem Reichskanzler ebenfalls bekannt, daß von verschiedenen Seiten eine Erweiterung des Schutzes des Bühnenweihfestspiels Parzival über die nach dem geltenden Rechte bestehenden Grenzen hinaus angestrebt wird. Zu der Frage, ob Maßnahmen des Reiches im Sinne dieser Bestrebungen angezeigt und Erfolg versprechend sind, haben bisher die verbündeten Regierungen keine Stellung genommen. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Dr. Viehnicht (Soz.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und welche Maßnahmen getroffen und geplant sind, um das Gebiet des Deutschen Reiches gegen die Einschleppung der Cholera auf dem Balkan zu schützen, und ob und inwieweit die Reichsregierung zu diesem Behuf ein gemeinsames Vorgehen mit den Regierungen anderer Staaten in die Wege geleitet hat?

Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres: Nach den vorliegenden amtlichen Nachrichten ist die Cholera im türkischen Gebiet vor Konstantinopel aufgetreten, doch fehlen genaue Angaben über ihre Verbreitung. In Konstantinopel selbst sind in der Zeit vom 5. bis 25. November 615 Erkrankungsfälle, davon 292 mit tödlichem Ausgang festgestellt worden. Die mehrfach in der Presse verbreiteten Nachrichten über Verschleppung der Cholera nach andern Orten der Balkanhalbinsel sind amtlich nicht bestätigt. Angesichts dieser Sachlage, die an und für sich keinen Anlaß zur Beunruhigung gibt, sind die deutschen Vertretungen in allen in Betracht kommenden Ländern angewiesen worden, dem Gesundheitszustand in ihrem Amtsbezirk besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und gegebenenfalls über das Auftreten der Cholera telegraphisch zu berichten. Außerdem ist angeordnet, daß Schiffe, die aus türkischen Häfen des Schwarzen Meeres, des Bosporus, des Marmarameeres und des Ägäischen Meeres nach deutschen Häfen kommen, nur nach ärztlicher Untersuchung zum freien Verkehr zugelassen werden. Schiffe aus nichttürkischen Häfen des Schwarzen und des Ägäischen Meeres sind der besonderen Aufmerksamkeit der Gesundheitsbehörden empfohlen. Die Einfuhr von Leinwäse, getragenen Kleidern, gebrauchten Betten, Lumpen aus der Türkei ist aus andern Anlaß bereits verboten. Im übrigen unterliegt der Warenverkehr nicht der Gefahr der deutschen Einschleppung. Ein weiteres Einfuhrverbot kommt aber nicht in Betracht, ebensowenig Maßnahmen zur Überwachung des Verkehrs auf den Eisenbahnen, da ein unmittelbarer Verkehr mit den besetzten Gegenden zurzeit nicht stattfindet. Aus diesem Grunde ist davon abgesehen worden, von Reichs wegen die Überwachung der aus der besetzten Gegend eintreffenden Reisenden anzuordnen, eine Maßregel, die erfahrungsgemäß schwer durchführbar ist. Andere Maßnahmen kommen nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft nicht in Frage. Danach liegt der wirksamste Schutz gegen Seuchen nicht in den ebendort bestehenden Abwehrmaßnahmen, sondern in der möglichst vollkommenen Anschauung des Gesundheitsdienstes im eigenen Land. Auf dieser Anschauung beruht auch die internationale Übereinkunft betreffend Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber, deren Bestimmungen es überflüssig machen, mit andern Staaten besondere Vereinbarungen für den vorliegenden Fall zu treffen. Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Die auswärtige Politik.

Zweiter Tag.

Abg. v. Fayer (Fortschr. Vp.): Die Rede des Reichskanzlers ist draußen im Laufe gütig aufgenommen worden. Wir sind mit jener auswärtigen Politik zurzeit einverstanden. Unsere Diplomatie hat erfolgreich sich bemüht, den Frieden zu vermitteln und unser Ansehen zu wahren. (Bravo!) Land und Presse sind nicht mehr so nervös wie zur Zeit der Marokkofrage. Die Alldeutschen freilich verlangen, daß wir bald dieses, bald jenes Land erobern. Gätten wir aber einen Teil von Marokko genommen, so müßten wir heute dort ein Armeekorps haben, und das würde unsre Stellung nicht stärken. Von viel höherem Wert als Land ist das Vertrauen in die Loyalität, Ehrlichkeit und Selbstbeherrschung einer Nation. (Sehr richtig! links.) Dann gibt es wieder Leute, die den

Krieg mit England für unbedingt notwendig

halten. So Herr von Heydebrand. Auch die konservative Presse leistet viel in papiernem Blutvergießen. Kriegsklüger sind schließlich bei uns noch die politisierenden Offiziere, die überall nur Schaden anrichten. Eine andre Erscheinung ist die Häufung von Volksversammlungen und internationalen Kundgebungen der Sozialdemokratie. Wir brauchen wahrlich nicht das Proletariat, um unsre Regierung zur Friedensliebe zu veranlassen, und wenn wir wirklich zum Schwerte greifen müssen, so liegen sicherlich so überwiegende Gründe vor, daß alle Volksversammlungen der Welt nichts daran ändern können. (Sehr richtig! b. d. Fortschr. Vp.) Herr Ledebour, dem es offenbar wohl getan hat, daß er wieder einmal in eine Kirche hineingegangen ist (Heiterkeit), hat den Baseler Kongreß so geschildert, daß ich den Eindruck bekam, daß der Kongreß mehr einem Missionstreffen geglichen hat. (Große Heiterkeit.) Aber die Haltung der Kongreßteilnehmer scheint mir an einer innern Unwahrheit zu leiden. Wenn es Ernst wird, so werden die Vaterlandsliebe und die Sorge um Haus und Hof, um Weib und Kind weit mehr den Ausschlag geben, als das Solidaritätsgefühl des internationalen Proletariats. (Lebhafte Zustimmung bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

leicht fallen auf solchen Kundgebungen Äußerungen, die einer Mißdeutung fähig sind. Davon kann ja auch der Abgeordnete Scheidemann von Paris her ein Lied singen.

Die Balkanwirren haben das Gute gebracht, daß der Dreibund eine innere Stärkung erfahren hat. Auch wir wollen nicht Oesterreich blindlings folgen. Das lag aber auch nicht in den Worten des Reichskanzlers. Der Wert eines Bündnisses liegt vor allem darin, daß es zu einem Ernstfall nicht zu kommen braucht. (Sehr richtig! b. d. Fortschr. Vp.) Was helfen aber alle Friedensversicherungen einem Volke gegenüber, das daran glaubt, andre laueren nur darauf, über es herzufallen. Wir dürfen nicht meinen, daß die Diplomaten die Völker dynastischer Interessen wegen in den Krieg treiben. Die Diplomaten und Dynastien scheuen die Verantwortlichkeit, weit eher sind es heute die Völker, die zum Kriege treiben. Kriege werden heute anders beurteilt als früher. Jetzt verwirft der Reichskanzler im Augenblick der Aufteilung der europäischen Türkei jeden Gedanken an Länderwerb; vor 30 Jahren hätte man das noch als Schwäche ausgelegt. Ebenso mißlingt es heute, wenn ein Kleinstaat einen Großstaat in der Hoffnung herausfordert, ein andrer Großstaat werde ihm helfen. Nicht so notwendig war es, wie Herr Wassermann das tat, der Heeresverwaltung Blankovollmacht zu erteilen.

Unsre Rüstung reicht vollkommen aus,

und es ist gefährlich, der Regierung die Vermehrung der Heeresausgaben direkt anzubieten. (Sehr wahr! links.) Unser Bestreben muß nach wie vor sein, die Türkei in ihren Bemühungen zu unterstützen, ihre Kultur der europäischen nahezubringen. So nützlich wie wir wird wohl kein Parlament der Welt eine solche Debatte führen. (Zuruf: Das ist aber kein Vorzug!) Doch, sachliche Dinge kann man im kritischen Moment nicht sachlich genug behandeln. (Zustimmung.) Alle Redner haben sich mit der Politik einverstanden erklärt. Auch Herr Ledebour hat nicht gesagt, worin die bisherige Politik der Regierung falsch gewesen sei, oder wie sie es hätte besser machen können. Gegner der Friedenspolitik der Regierung wird er jedenfalls auch nicht sein. Seiner Mahnung an die Regierung, auch ferner kaltes Blut zu bewahren, schließen wir uns an. Wenn die Regierung, wie bisher, mit Ruhe und Festigkeit für den Frieden eintritt, wird sie die große Mehrheit des Reichstags hinter sich haben. (Bravo! links.)

Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann erklärt auf eine geistige Anfrage des Abg. Dr. Spahn, daß der spanisch-französische Marokkovertrag unsere Interessen nicht verletzt.

Abg. v. Trautzsch (Soz.): Der Abgeordnete Spahn warf gestern die Frage auf, ob nicht die preussische Politik unser Bündnis mit Oesterreich ungünstig beeinflusst hat. Graf Kanitz verwahrte sich gegen jede Einmischung anderer Länder in unsre innere Politik. Mit Unrecht: man darf nicht vergessen, daß 60 Prozent aller österreichischen Soldaten Slaven sind. Würde die österreichische Regierung ähnliche Maßnahmen gegen die Deutschen treffen, wie die preussische gegen die Polen, so würde das Bündnis nicht aufrechtzuerhalten sein, es würde scheitern an der allgemeinen Entrüstung. Bei der Unterdrückung der Polen sind der preussischen Regierung alle moralischen Bedenken fremd. Formell hätte die österreichische Regierung das Recht, zugunsten der Polen zu intervenieren; denn nach der Wiener Kongressakte von 1815 sollen den Polen Einrichtungen zuteil werden, die ihre Nationalität sichern. (Hört, hört! b. d. Polen.) Aber die Realpolitik hat so zugenommen, daß das Wort „halten“ aus der Mode gekommen ist. Ihren Schändlichkeiten gegen die Polen hat die preussische Regierung mit dem Enteignungsgefeß die Krone aufgesetzt.

Präs. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Trautzsch (fortfahrend): Ich bin der deutschen Sprache nicht so weit mächtig, um einen andern Ausdruck finden zu können. (Heiterkeit u. Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Dr. David (Soz.):

In der Tat ist die polnische Frage keineswegs eine nur innere preussische Frage. Das preussische Vorgehen gegen die Polen hat die Stellung Deutschlands zu Oesterreich nicht erleichtert. Zu dem Punkte stimmen wir mit der Regierung überein, daß der Friede unter allen Umständen zu erhalten zu werden muß. Wir billigen es auch, daß die Regierung den hepariotischen Forderungen auf Länderwerbungen in Vorderasien entgegengetreten ist. Wir verkennen nicht die schwierige Lage der Regierung. Sie soll das Staatsrecht durch die Schikale der vanklavistischen Kriegspartei und durch die Charakts der österreichischen Kriegspartei hindurchleiten. Wir anerkennen auch, daß die Kundgebung der Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wesentlich zur Entspannung der Lage beigetragen hat. Nur ist es zweifelhaft, ob die geistige Rede des Reichskanzlers die gute Wirkung dieser Kundgebung nicht abgeschwächt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber ist zweifelhaft, ob die Reden der Herren Wassermann und Spahn die Beruhigung, die in Wien bereits eingetreten war, unterstügt hat. Es ist möglich, daß Graf Berchtold eine friedliche Entwicklung wünscht. Aber es besteht in Wien eine einflussreiche, höflich-militärische Kriegspartei, die sich an die Person des Erzherzogs Franz Ferdinand anlehnt und keinen Zweifel darüber gelassen hat, wohin ihr Weg geht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat dem „Vorwärts“ vorgeworfen, er habe sich zu Unrecht gegen die Pläne der Wiener Diplomatie gewandt und damit die Geschäfte Marokkos befeuert. Herr Schult hat gemeint, daß die Sozialdemokratie damit ganz allein liege. Das ist nicht richtig. In dieser Frage haben sich die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ nämlich in derselben Weise geäußert wie der „Vorwärts“. (Hört, hört! b. d. Soz.) Unsre Haltung nimmt auch ganz überein mit der Haltung unserer österreichischen Parteigenossen, die seit Jahren diese gefährliche Kriegspartei bekämpfen. (Beifall b. d. Soz.) Wir müssen ihr deutlich zu verstehen geben, daß ihre Politik die Politik der Reichsregierung sein kann. Auch wir sind für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Oesterreich und des Dreibundes.

Das Bündnis ist ein ausgeprochenes Defensivbündnis, ohne jede aggressive Tendenz. Herr Spahn meinte gestern, wenn Serbien von Oesterreich angegriffen würde und Rußland Serbien beistimmen würde, wären wir und Italien zum Beistand für Oesterreich verpflichtet. Nein, das wären wir nicht. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) Und das ist die einzige Friedensgarantie gegen die österreichische Militärpartei. Die Erklärung des Reichskanzlers geht über den Wortlaut des Bündnisvertrags nicht hinaus, und das ist das Bedeutsame an ihr. Aber es handelt sich um den Begriff des Angriffs, ein Angriffen liegt auch vor, wenn man dem Gegner so provokatorisch gegenübertritt, ihm so an die Gurgel greift, daß er sich wehren muß. Deshalb hat unsre Regierung die Pflicht, die österreichische Politik nachzuprüfen. Das erkannte auch Graf Kanitz an, der ebenfalls sagte, wir sind nicht zu willenslosen Trabantendiensten Oesterreich gegenüber verpflichtet. (Graf Kanitz ruft: Sehr richtig!) Es wäre eine Preisgebung der nationalen Selbständigkeit, wenn wir in einer so wichtigen Frage uns in die Hände der Diplomatie eines andern Volkes geben wollten. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Herr Wassermann sprach von großserbischen Aspirationen. Seien wir doch gerecht; Serbien hat im Frieden von San Stefano unter Zustimmung Rußlands Bosnien und die Herzogewina sowie den Zugang zum Meere bekommen. Damals fiel England Rußland in den Arm, Rußland gab Serbien preis, Bosnien und die Herzogewina wurden Oesterreich ins Depot gegeben, Oesterreich hat das Depot eingeleert und will Serbien jetzt wieder am Zugang zum Meere hindern. Da soll man es doch nicht so hinstellen, als ob Serbien unvermittelt seine Hände nach dem Himmel ausstreckt. Der Anspruch auf freie Handelsinteressen ist nicht so unberechtigt, wie Herr Wassermann geltend es darstellte. Jedenfalls ist das keine Frage, um derenwillen unsre Truppen marschieren, um derenwillen die Kulturvölker übereinander herfallen dürfen. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) Vor wenigen Jahren hieß es, der Sandhaß ist eine Lebensfrage für Oesterreich, jetzt läßt man in Wien darüber und spricht nur noch vom Schandfackel. (Heiterkeit.) Selbst die „Tägliche Rundschau“, sonst ein führendes Blatt der Kriegspartei, schreibt, daß die Serben nicht Durazzo besitzen, in den Krieg zu ziehen, das könnte man unsern Landwehrlenten nur mit Angstschweiß sagen. Dieser Angstschweiß würde wohl auch bei Herrn Wassermann ausbrechen. (Heiterkeit.) Aber die Haltung des Herrn Spahn ist sehr wohl zu verstehen, ist doch die Kriegspartei in Oesterreich zugleich die liberale Partei, die als Ideal die Errichtung eines dauernden Bestandes des katholischen Oesterreich und der katholischen Kirche auf dem Balkan hinstellt. Hierfür kommt es der Kirche auf einen Weltkrieg nicht an. Aber es ist eine nationale Forderung, dazu nicht Trabantendienste zu leisten. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.) Natürlich wollen wir auch die Geschäfte der Panlawisten in Rußland nicht besorgen, wir haben nichts gemein mit dem

Hand- und Blutsystem des Zarismus,

das mit Blut und Gasen die gesunde Entwicklung hemmt. Gegen Rußland würde auch Vebel noch die Plünder auf den Buckel nehmen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach dem japanischen Kriege war Rußland aus dem europäischen Kräftefeld fast ausgeschaltet, heute spielt es die dominierende Rolle. Das ist ein Ergebnis der Spannung zwischen den Westmächten. Das erfolgreichste Moment in der gestrigen Debatte war die Mitteilung des Staatssekretärs, daß unser Verhältnis zu England ein intimes geworden ist; mögen unsre Staatsmänner alles aufbieten, daß diese Verständigung eine dauernde wird. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.) Freundschaft mit England ist unsre beste Handelspolitik. Ein Kulturabkommen zwischen Deutschland und England ist keineswegs eine Utopie, sind doch die Reibungsflächen zwischen Deutschland und England viel geringer als die zwischen Frankreich und England. Ein

Kulturbund der Westmächte

wäre die sicherste Friedensgarantie, mit ihm würde man auch in der Frage der Abrüstung vorwärtskommen. Der Weg, den Herr Wassermann empfiehlt, führt zu unerträglichem Rüstungsdruck und ist nationalfeindlich, nationalschädigend. Zerstreuen sich die germanisch-romanischen Völker, so werden den Vorteilen der Slaven haben. Der deutsche Staatsmann, der die Verständigung der Kulturvölker als erprobenswerteres Ziel betreibt, wird die Waffe des deutschen Volkes, auch die Sozialdemokraten, hinter sich haben. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.)

Noch ein Wort über die deutschen Interessen auf dem Balkan. Die offene Tür und die Bagdadbahn müssen auch bei der Neuordnung der Dinge dort erhalten werden. Der neue Zustand ist als Fortschritt zu betrachten für die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanvölker, und ich bedaure nur, daß er nicht friedlich herbeigeführt wurde. Aber zusammengebrochen ist in der Türkei ein Junkerregiment, ähnlich dem der Mandchus in China und dem unsrigen in Ostelbien. Die Türken sind eine regierende kleine Minderheit, eine Kaste, deren wirtschaftliche Basis großer Grundbesitz undhörige Bauern sind, die ebenso rücksichtslos ausgebeutet wurden wie bei uns in Ostelbien. Ein großer Teil der ausgebeuteten serbischen Bauern wurde zu Bettlern, dann zu Räubern und zu den heutigen Komitatjais. Innerhalb des Krieges hat sich bei den Türken eine Bauernrevolution vollzogen, und das war es, was den Türken das Rückgrat gebrochen hat. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wenn Deutschland der Türkei wirklich helfen wollen, dann hätte es ihr den Rat geben müssen, Reformen durchzuführen, ihre Bauern zu befreien, wie die Bulgaren und Serben es getan haben. Aber dann hätte die preussische Junkerregierung der Türkei ja einen Rat geben müssen, den sie im eigenen Lande nicht herfolgt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was Deutschland nach der Türkei verpflanzt hat, war der

„Reiß“ der „Jarde“.

Dieser Reiß hat sich im Krieg als außerordentlich verderblich für die Türkei erwiesen. Das alte Vertrauensverhältnis in der türkischen Armee war verschwunden, wir sahen eine Ueberhebung des Offizierkorps über die gemeinen Soldaten, und der Zusammenbruch des türkischen Heeres war die Folge. Wir sind also am Zusammenbruch mitschuldig, der im übrigen auf ökonomische Ursachen zurückzuführen ist.

Nun haben wir jetzt den neuen Balkanbund. Wir können nur wünschen, daß die Verständigung unter den Balkanvölkern dauernd bleiben möge. Ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet auf dem Balkan liegt im Interesse des deutschen Handels. (Zustimmung links.) Gegen die nationalen und religiösen Gegensätze gibt es ein Mittel, das sich glänzend bewährt hat: Lokale und stammliche Selbstverwaltung und Bewegungsfreiheit und eine echt demokratische Grundlag! (Zustimmung b. d. Soz.) Die Schweiz bietet ein Beispiel, wie man Menschen der verschiedenen Stämme und Rassen zu einem Staatsgebilde zusammenfassen kann. Der Abgeordnete Graf Kanitz hat Ledebour nicht begriffen, der die Kriegspartei als das Werk kapitalistischer Ausbeuter bezeichnet hat. Graf Kanitz ist sonst ein kluger Mann. Deshalb stellt er sich hier so dummt. Er sieht etwas nicht, was zum Greifen ist. Sieht er nicht die Speisung unsrer Kriegspartei durch die Interessentenkreise? Sieht er nicht das Bestreben der Kanonenfabrikanten, ihr Absatzgebiet ständig zu vergrößern? Als Kolonien sehen wir ja auch das dauernde Steigen ihrer Profite. Krupp zählt jetzt schon 12 Prozent Dividende und der französische Krupp gar 16 Prozent. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man sieht, das Gewöhnliche bringt noch was ein. Man darf sich allerdings nicht durch nationale Gewissensfrage beirren lassen. Man muß das Geschäft international treiben. Wenn es zum Kriege kommt, dann stehen

Kruppsche Kanonen unsern Soldaten gegenüber.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Und wenn der Mann dann sein 100jähriges Geschäftsjubiläum feiert, dann bekommt er verschickt, was für hohe Verdienste er sich um das deutsche Vaterland erworben hat. (Stürmische Heiterkeit b. d. Soz.) Krupp hat dem Reich wirklich noch nichts geschent. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Kriegspresse ist international, wir haben sie auch in Paris und London. Sie treiben sich gegenseitig den Wind in die Segel, sie arbeiten ineinander, wenn sie auch aufeinander schimpfen. (Heiterkeit.) Unerhört ist es, daß diese Presse wagt, im Namen des Volkes aufzutreten. So hat die „Post“

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung.

Berlin, 3. Dezember, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Von Breitenbach.

Die Verkehrsstockungen in Rheinland-Westfalen.

Zu dieser Frage liegt ein Bericht der Schlepplomonopolkommission über die Petitionen der Ruhrbergwerke und ein Zentrums-Interpellation über die Sperrung des Eisenbahngüterverkehrs auf dem linken Niederrhein vor. Der Kommissionsberichterstatter, Abgeordneter Girsch (Essen), empfiehlt in lange Rede, die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen. Ein Antrag Dr. Arendt (freikons.) wünscht Ueberweisung zur Berücksichtigung und tunlichste Beschleunigung bei Ausgestaltung der Anlagen und des Materials der Staatsbahnen zur betriebssicheren Bewältigung auch stark steigenden Verkehrs.

Nachdem sich Minister von Breitenbach bereit erklärt hat, die Interpellation sofort zu beantworten, begründet

Abg. Dr. König (Ztr.) die Interpellation, indem er die Schädigungen der Unternehmer und Arbeiter durch die Verkehrsstockungen und die Herabsetzung des Ansehens der Staatsbahnverwaltung schildert. Vielleicht ist man auch bei der Anstellung des Personals zu sehr zurückhaltend. Auch die Wasserstraßen müssen ausgebaut werden. Ich muß der Eisenbahnverwaltung vorwerfen, daß sie die zahlreichen Hinweise auf den rapid steigenden Verkehr am Niederrhein nicht genügend beachtet hat.

Eisenbahnminister von Breitenbach wiederholt seine eingehenden, bereits in der Schlepplomonopolkommission und im Herrenhaus gegebenen Darlegungen über die außerordentlich Verkehrskalamität im Westen. Freilich wird auch vielfach übertrieben, so wenn der Redner den Ausfall der fiskalischen Bergverwaltung auf 20 Millionen beziffert, während er etwas über 1 Million beträgt. Die Lohnausfälle betragen allerdings 10 Millionen. Wir mußten leider infolge der Kautation der Güterwagen zur gänzlichen Verkehrsperre greifen, wodurch wieder andere Bahnen überlastet und gestört wurden. Die Folge war ungenügende Wagenverfügung, Zurückgehen der Leistungsfähigkeit der großen Rangierbahnhöfe und Unregelmäßigkeiten im Güterzugfahrplan, infolgedessen ungenügende Ausnutzung des Personals. Wir mußten aus den nicht betroffenen Bezirken Sisspersonal heranziehen, das mit insgesamt 700 000 Mark in zufriedenstellender Weise entschädigt wurde. (Beifall.) Der Minister spendet dem Personal Anerkennung, betont die ganz außergewöhnliche Verkehrssteigerung, die auch von den befragten Verwaltungen selbst bedeutend unterschätzt worden sei, schildert dann die großen Aufwendungen des Staates für den Ausbau der Eisenbahnen und kündigt eine Nachtragsforderung von 50 bis 60 Millionen für den Bau von Umfressbahnhöfen und dritten und vierten Gleisen an.

Auf Antrag des Abg. von Arnim-Büschow (kons.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen und damit die Besprechung des Kommissionsberichts verbunden.

Abg. von Arnim-Büschow erklärt, daß dem Minister kein Vortour wegen der nicht ausreichenden Schätzung der zu erwartenden Verkehrssteigerung treffen könne. Die Unterstellung der Eisenbahndirektionsbezirke Essen, Köln und Elberfeld unter eine gemeinsame Leitung, die sich jetzt als provisorische Maßregel bewährt hat, soll dauernd werden. Die für den Ausbau der Ruhrverbahnen erforderlichen Gelände-Ankäufe müssen sofort vorgenommen werden, um Preissteigerungen zu verhindern.

Abg. Graf Spee (Ztr.) führt aus, daß das Schlepplomonopol beim Abschluß des Wassergesetzkommisses im Jahre 1905 seine Schuldigkeit getan habe und die Rechte jetzt keinen Anlaß mehr habe, am Schlepplomonopol festzuhalten.

Abg. Vorster (freikons.) ist bereit, dem Minister einen neuen Dispositionsfonds von 50 Millionen zur Verfügung zu stellen. Eine Milderung des Schlepplomonopols ist zu wünschen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) tritt für Ausbaurung der Nebenbahnen zu Vollbahnen ein. Der Verkehr ist um 25 Prozent gestiegen, das Personal aber lange nicht entsprechend vermehrt worden.

Abg. Gieshoff (Fortschr. Vp.) wünscht bessere Verbindungen für das bergisch-märkische Industrieland und spricht auch von der Nichtstimmung des Personals. Unbedingt müßte der Rhein-Weserkanal bis zur Elbe ausgebaut werden, aber von diesem Haus ist ja keine gute Verkehrspolitik zu erwarten! (Sehr wahr! links.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Eisenbahnverwaltung ist gewiß vor allem Verkehrsbehörde, aber sie darf allgemein-staatliche finanzielle Rücksichten nicht außer acht lassen. Wir haben eine spezielle Organisation geschaffen, die den Direktionsbezirken solche Macht gibt, wie sie sonst bei Privatunternehmungen üblich ist. Die Verhältnisse der großen, an die Grenzen führenden Betriebslinien werden trotz der Grenzen der Direktionsbezirke einheitlich geregelt.

Abg. Ströbel (Soz.):

Fast könnte man aus der blumigen Ausdrucksweise des Ministers schließen, als betrachte er den Verkehr als seinen Feind! (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Lohnausfall von 12 Millionen für die Bergarbeiter (Hört, hört! b. d. Soz.) ist eine Katastrophe, herbeigeführt durch die Kurzsichtigkeit unserer Eisenbahnbürokratie, deren Kosten die auch sonst das Risiko der Arbeitslosigkeit tragenden Arbeiter decken müßten. Von einer ganz anomalen hohen Kohlenförderung kann wohl kaum gesprochen werden, ebensowenig aber von einer weiterschauenden Verkehrspolitik! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Besser das Stromnetz des Verkehrs ist zu breit und zu tief, als zu schmal und zu flach, denn auf wirtschaftliche Krisen folgt eine sich immer expansiver entfaltende Konjunktur. Wir müssen mit der ungeheuer raschen industriellen Entwicklung Deutschlands rechnen, der diesmal eine 5prozentige Wagenvermehrung nicht genügt hat und nächstes Mal vielleicht auch eine 7 bis 8prozentige nicht genügen würde. Der Minister scheint ja das jetzt endlich einzusehen, wie sein Bauprogramm beweist.

Der Minister hat sich zwar in manchen Punkten bekehrt, aber gerade in einem der wichtigsten nicht. Er hat behauptet, daß kein Mangel an Personal bestehe. Nun, wenn die Wagen nicht ausreichen und die gesamten Verkehrseinrichtungen nicht genügen, dann kann doch unmöglich gerade das Personal ausreichend sein! Es ist eine Tatsache, daß das Personal überanstrengt worden ist. Der Minister hat ja auch dem Personal für seine Aufopferung gedankt. Die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ behauptete sogar, daß die Unzufriedenheit und der Unwille auch infolge der Handhabung des Koalitionsrechts innerhalb des Bahnpersonals so groß gewesen seien, daß die Leute zur passiven Resistenz gegriffen und dadurch die Verkehrsstockung verschlimmert hätten. Ich nehme an, daß ein solches Organ nicht etwas behauptet, was es nicht beweisen kann. Ueberhaupt muß über die Heranziehung des Sisspersonals bei außergewöhnlichen Anlässen auch einmal gesprochen werden. Man hat Beamte aus andern Provinzen geholt, sogar bis von Bromberg wurden Beamte ins Ruhrrevier herangezogen. Ich fürchte, daß dann, wenn die von dem Minister angekündigten Bauten ausgeführt und der Wagenmangel beseitigt sein wird, erst recht der Mangel an Personal sich kundgeben wird. Und wenn der Minister meint, daß wir nicht zu wenig Beamte hätten, sondern zu viele, so muß man erst recht befürchten, daß sich nachher der Mangel an Beamten zwar nicht für die Industrie fühlbar machen wird, aber den Beamten selbst dadurch sehr fühlbar werden wird, daß sie eine höhere Arbeitszeit zu leisten haben werden. In den letzten 10 Jahren wurde das Gesamtpersonal der preussisch-

preussischen Eisenbahngemeinschaft um 18 Prozent vermehrt. Gleichzeitig aber haben die Eisenbahnstrecken um 25 Prozent zugenommen und der gesamte Güterverkehr sogar um 70 Prozent. Da kann doch von einer ausreichenden Personalvermehrung keine Rede sein, wenn man auch dem Minister zugeben mag, daß nicht in demselben Maße, wie die Güterbeförderung zunimmt, auch das Personal vermehrt werden kann.

Der „Westruf“, das Organ der freierorganisierten Eisenbahner, das die Verhältnisse gewiß kennt, stellt fest, daß die Eisenbahnverwaltung bei stärkerer Zuanpruchnahme ihres Betriebs von ihrem Personal erhöhte Leistungen ohne Entschädigung fordert, wie Verlängerung der Dienststunden, Erhöhung der Arbeitspensien usw. Der Verwaltung stehen genügend Kräfte zur Verfügung, die bei entsprechender Ausbildung für den Fahrdienst in den Zeiten des starken Verkehrs ein gutes Ersatzpersonal darstellen würden und in ihrer eigentlichen Tätigkeit durch die im Herbst reichlich vorhandenen Arbeitslosen jederzeit ersetzt werden können. Es sind das die Bahnmunterhaltungsarbeiter, Güterboden- und Werkstättenarbeiter. Statt dessen nimmt man Abkommandierungen aus entfernten Provinzen vor, wo man die in Frage kommenden örtlichen Verhältnisse nicht kennt. Diese Kommandierungen kosten viel Geld, während man den Arbeitern für ihre vermehrte Zuanpruchnahme in einzelnen Bezirken eine Lohnaufbesserung von 10 Pfg. ab 1. Oktober gegeben hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber selbst diese Aufbesserung gilt nur für diejenigen, deren Aufrückung im Lohndienstalter in dem Termin zwischen 1. Oktober und 1. Dezember 1912 liegt, also einen verschwindend kleinen Teil der Arbeiter. Ausschlaggebend ist weiter, daß die Stellen, die den örtlichen Betrieb auf den Bahnhöfen leiten, nicht mehr mit dem durch langjährige Beschäftigung und dienstliche Erfahrung besonders geeigneten Personal, das aus den Weichenstellern und Rangiermeistern herorgeht, besetzt werden, sondern daß Militärwärter mit „militärischem Geist“ und „loyaler“ Gesinnung vorgezogen werden, denen aber die praktische Erfahrung fehlt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der „Westruf“ schlägt schließlich zur Regelung der dienstlichen Verhältnisse die Einsetzung von Ausschüssen vor, an denen außer Vertretern der Verwaltung Bedienstete aller in Betracht kommenden Gruppen teilzunehmen hätten.

Zehntausende Bergarbeiter werden dadurch, daß sie jetzt kurz vor Weihnachten zu Feiertagen gezwungen werden, nicht einmal in der Lage sein, ihren Kindern eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. Die Schädigung der kleinen Gewerbetreibenden ist ebenso wenig zweifelhaft. Eine bestimmte Zusage zur Vermeidung des Wagenmangels in der Zukunft hat aber der Minister nicht gegeben. Um so notwendiger ist die Berücksichtigung der Anregungen, die ich vorhin bekanntgegeben habe. Wenn der Minister auch erklärt hat, daß an Lohnrückerei gar nicht zu denken sei, so verweigere ich darauf, daß wir alljährlich beim Eisenbahnetat feststellen müssen, daß die Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter und die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten außerordentlich dürftig sind. Immer neue Wünsche auf Verbesserung kommen aus diesen Kreisen an uns. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Mehrausgaben, die der Minister angekündigt hat, nicht den Anlaß geben, die Löhne der Eisenbahnarbeiter zu drücken, das Personal zu vermindern, oder auch nur in dem Fortschritt der sozialen Verhältnisse einen Stillstand eintreten zu lassen. Vor allem aber ist es Zeit, der Forderung entsprechende Zulagen zu gewähren, und der Minister sollte endlich in diesem Sinn an die Volksvertretung herantreten. (Drabal! b. d. Soz.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach verwahrt sich entschieden dagegen, daß die Verwaltung nicht genug für ihre Beamten Sorge. Seit 1906 haben die Arbeiter und Unterbeamten eine Lohnsteigerung von etwa 200 Mark erfahren.

Der Antrag Arendt (freikons.) — Ueberweisung der Petitionen zur Berücksichtigung — wird angenommen.

Mittwoch 12 Uhr: Wingenot-Interpellation. —

Magdeburger Adreßbuch

1913

ist erschienen

und wird in der Expedition, Fürstenwallstraße 11, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl

G. m. b. H.

Eigne Einkaufshäuser für Rohmaterialien in Hamburg und London, für Verkaufshäuser in:

Aachen
Frankfurt a. M.
Köln a. Rh.



Ulster u. Paletots
in unerreicht großer Auswahl
Mark 21.00 24.00 30.00 38.00 42.00 bis 70.00

Jackett-Anzüge
ein- und zweireihig, auserlesene Neuheiten
Mark 19.00 21.00 27.00 32.00 39.00 42.00 bis 70.00

Einzelne Hosen
durable Stoffe, moderne Streifen
Mark 2.75 3.90 5.50 7.00 8.50 10.50 bis 18.00

Loden-Joppen
glatte Form und Sportfassons, sehr dauerhaft
Mark 6.50 8.50 10.50 13.00 16.00 bis 29.00

Jünglings- und Knabenkleidung — enorme Auswahl!

Schlafrocke

Hausjoppen

H. Esders & Co.

Berlin Hamburg Bremen Amsterdam Antwerpen Paris Lyon Gent

Einladung der Vertreter
zu der am
Mittwoch den 11. Dezember, abends 9 Uhr,
in der „Reichshalle“, Kaiserstraße 18
stattfindenden
Generalversammlung
der
Ortskrankenkasse für die in Spirit-, Rum-, Likör-, Essig-, Mostich-
und Konditoreiwaren-Fabriken beschäftigten Personen
des Gemeindebezirks Magdeburg.
Tagesordnung:
1. Vorstandswahl (zu wählen sind ein Vorstandsmitglied der
Arbeitsgeber und zwei Vorstandsmitglieder der Arbeitnehmer,
und zwar auf 2 Jahre und auf 1 Jahr).
2. Wahl der Revisoren zur Abnahme der Kasse 1912.
3. Antrag auf weitere Zulassung der Kasse als besondere
Eristkrankenkasse.
4. Bericht von der Generalversammlung des Verbandes
der Eristkrankenkassen zu Köln a. Rh.
5. Verschiedenes.
Der Vorsitzende, Max Curio.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg

Am Dienstag den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsen-
hof“, Große Storchstraße 7

Außerordentl. Generalversammlung

- Tagesordnung:
1. Der preussische Parteitag.
Referent: Redakteur Genosse Klähse.
 2. Wahl der Delegierten.
 3. Der internationale Kongress in Basel.
Referent: Chefredakteur Genosse Wader.
 4. Vereinsangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs.
Zu zahlreicher Teilnahme der Genossen und Genossinnen ladet ein
Der Vorstand.

Edison-Kino

Die Tragödie einer Mutter
spannendes, tief ergreifendes Drama in 3 Akten.
Verschiedene andre Schlager und viele Humoresken.
Dienstag und Sonnabend Programm-Wechsel.
3824 Erwachsene 20 Pf. — Kinder 10 Pf.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 5. Dezember
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr
1. Abend. Serie Orange.
Oberst Chabert.

Fürstenthor-Theater
Dir.: Müller-Lipart
Gg. Bräulatenstr.
Täglich 8.20
Stadtgespräch
von Magdeburg
Krone u. Fessel
Engl. Militär-
Sensationsstück
1. U.: Ulrich der
Graufame.
2. U.: Flucht a. d.
Mtl.-Gefängn.
3. U.: Krone u.
Fessel.
4. U.: Ein Geld. 5. U.: In der
Schlinge. 6. U.: Gefühls-Schuld.
Vorzugsarten gelten. 3825

ZENTRAL- THEATER.

Allabendlich:
Stürmischer Erfolg
Paul Beckers
als
Fliegentüten-Heinrich
Das gr. Ausstattungs-Ballett
Prärie-Blume
Spannende Szenen aus dem
Cowboy- und Indianerleben
(30 Personen)

Passage-Café,

Lödschehofstraße 20.
Täglich von 4 bis 12 Uhr:
Künstler-Konzert.

Stephanshallen

— Dir. Rich. Froherz. —
Abends 8 Uhr 5860
Varieté-Vorstellung.
Streng dezentes Programm
für Familien-Publikum.
Vorzeiger dieser
Annonce hat außer Sonn-
abend und Sonntag freien
Eintritt.

Dankfagung.

Zurückgeführt von dem Grabe
meiner unvergesslichen Frau und
unserer lieben Tochter, Schwieger-
tochter und Schwägerin, sagen
wir allen Verwandten und Be-
kaannten für die herzliche Teil-
nahme und reichen Kranzspenden
unsern herzlichsten Dank. In
besonderer danken wir Herrn
Dr. Kramer für seine trostreichen
Worte am Sarge. 3824
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen
Gustav Ihle.

Wilhelm-Theater

Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag
Sensationelle Novität!
Der lila Domino
Freitag den 6. Dezember
Der Zigeunerbaron.
Sonnabend den 7. Dezember,
nachm. 4 Uhr, bei kleinen Preisen
Kinder-Weihnachtsvorstellung
Prinzessin Herzlieb.
Nur noch 5 Aufführungen!

Walhalla- Theater.

Heute Donnerstag
Kaffee-Konzert
und
Kinematograph.
— Anfang 4 Uhr. —
Eintritt frei!
Seentaa!
Neue Kapelle
Neues Ensemble
— Eintritt frei! —

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß des Kreises Wanzleben.

Lichtbilder-Vorträge
finden an folgenden Tagen statt:
Donnerstag den 5. Dezember, abends 8 Uhr,
Stiller in Fernersleben, im Lokal d. Herrn
Freitag den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im
Lokal des Herrn Meyer
in Benneckenbeck.
Sonnabend den 7. Dezember, abends 8 Uhr,
im Lokal d. Herrn
in Wiedsdorf.
Sonntag den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im
Lokal d. Herrn Götter
in Lemsdorf.
Referent: Genosse Barth (Zwifkau).
Durch 150 Lichtbilder erläutert, wird derselbe eine von
ihm persönlich ausgeführte Reise durch die Salzseen und
Rundherren schildern.
Eintrittskarten sind an den Vortragenden nach zu haben.
Um zahlreicheren Besuch bitten. Der Bildungsausschuß.

Abrianopel
in noch nicht gewonnen.
3812 abt im
Kasino-Theater
singt Ihnen etwas, wenn
Sie nicht das glänzende
Bezeimer-Programm
gesehen haben.
15 Nummern 15
Erfreuen Sie sich
Kabarett
Max und Moritz
Große Theaterstraße 12.

Fata Morgana
Breiteweg Nr. 55
Verzeiger dieser Annonce
3831 zahlen:
Dienstag Erwachsene
15 Pf.
Mittwoch Kinder
5 Pf.
Sonntag
exklusive Billetssteuer.

Totalausverkauf

wegen gänzlicher Auflösung des Geschäfts!
**Emaile, Porzellan, Glas, Aluminium,
Holz- und Stahlwaren** 4990
sowie viele andre Artikel **erstaunlich billig!**
Ein Posten Tischlampen 2.00 2.25 2.95 3.00
Ein Posten Küchenlampen 0.55 0.70 0.90 1.10
Ein Posten Handtaschenmühlen 1.00 1.25 jetzt 2.60
Ein Posten Wirtschaftswagen 1.45 1.65 2.10
Ein Posten Regenschirme **erstaunlich billig** —
Ein großer Posten Hofenträger **zur Hälfte des sonstigen Preises**
**Günstige Gelegenheit zum Ein-
kauf von billigen Weihnachtsgeschenken!**
E. Bosse Neustadt, Brüderstr. 16
am Nikolaiplatz

stehenden türkischen Truppenkörper und die türkische Bevölkerung in den verschiedensten Landesteilen. Desgleichen verlangt die Türkei das Recht, durch das Adriatische und Ionische Meer Lebensmittel unter sicherm Geleit zu befördern.

Ab. Konstantinopel, 4. Dezember. Nachdem die funktentelegraphische Verbindung mit Adrianopel lange Zeit unterbrochen gewesen war, ist sie jetzt wieder hergestellt. Der Kriegsmilitär hat vorgestern eine Funknachricht über den Plagkommandanten erhalten, die ankündigte, daß er genügend Lebensmittel und Munition besitze, um noch einen Monat Widerstand leisten zu können. Das Großvezirrat veröffentlichte am Mittwoch ein Funktelegramm des Kommandanten, das gestern aufgegeben worden und um 2 Uhr 37 Minuten nachmittags hier eingetroffen ist. Darin wird gemeldet, daß in der vergangenen Nacht ein unbedeutender Gewehrkampf geführt worden sei, dem um Mitternacht ein schwaches Bombardement folgte, das keine Wirkung hatte. Um 2 Uhr nachmittags dauerte unbedeutende Artilleriefeuer auf der südlichen Seite an.

Ab. Paris, 4. Dezember. Dem „Temps“ wird aus Athen gemeldet, daß der Bericht des bulgarischen Generals Theodorow über die Unterwerfung der türkischen Besatzung von Saloniki — siehe oben — in griechischen Kreisen lebhaftes Befremden hervorgerufen habe. Es sei bekannt, daß die Türken sich erst ergaben, nachdem der griechische Kronprinz Befehl zum Vormarsch gegeben hatte und seine Vorhut bereits mit den türkischen Truppen in Fühlung getreten war. Unbegreiflich sei es, daß die Bulgaren an 60 000 Mann von ihrer thrakischen Armee nach Saloniki geschickt hätten, wo ihre griechischen Verbündeten keinerlei Verstärkung bedürften. Diese 60 000 Mann wären vor Adrianopel und Thessalonika notwendig gewesen, wo sie zu einem raschen Erfolg der bulgarischen Offensive beigetragen hätten.

Ab. Turin, 4. Dezember. Die hiesige Morgenpresse führt infolge der Ablehnung des Waffenstillstandes durch Griechenland eine sehr heftige Sprache. Die Erregung spiegelt sich in einem Artikel der „Gazetta del Popolo“ wider, die u. a. schreibt: „Als die Mächte merkten, daß ihre Interessen in Smyrna, Saloniki und Konstantinopel bedroht seien, beeilten sie sich, ihre Kriegsschiffe dorthin zu entsenden. Die italienische Flotte sollte diesem Beispiel folgen und eine Flotte nach Salona (Albanien) dirigieren. Große Eile ist geboten, wenn die Regierung die öffentliche Meinung, die durch die herausfordernde Haltung Griechenlands äußerst erregt ist, beruhigen will.“ Auch die „Stampa“ verlangt, daß die italienische Regierung sofort Kriegsschiffe nach Salona entsende, die sich eventuell mit Gewalt der Landung griechischer Truppen widersetzen sollen, zumindest aber den Schutz der in Salona ansässigen Italiener übernehmen müssen.

Ab. Straßburg, 4. Dezember. Eine ganze Anzahl salisier Arbeiter, die in den Reichshofener Eisen- und Stahlwerken beschäftigt sind, haben ihre Einberufung erhalten und werden auf Verfügung des Konsulats auf schnellstem Wege zur Verfügung der Militärbehörde nach Oesterreich beordert.

Ab. Konstantinopel, 4. Dezember. Die Nachricht von der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, die hier abends bekanntgegeben wurde, hat hier großes Aufsehen hervorgerufen. Die Tatsache, daß Griechenland den Vertrag nicht mitunterzeichnet hat, ruft hier keinerlei Beunruhigung hervor. In politischen Kreisen erklärt man vielmehr, daß Griechenland heute nachträglich sich dem Waffenstillstand anschließen werde. Die drei Verbündeten hatten die Unterzeichnung des Vertrages gestern vorgenommen, um Griechenland vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die Vorbesprechungen für die Friedensverhandlungen, die angeblich in London stattfinden sollen, wurden bereits gestern abend von den türkischen Bevollmächtigten durchgehprochen.

Ab. Petersburg, 4. Dezember. Einer Meldung der „Kawoj Wezmja“ zufolge haben drei russische Banken Bulgarien unter sehr günstigen Bedingungen die Summe von 25 Millionen Mark vorgestreckt. Desgleichen haben sie sich bereit erklärt, sich an der in Paris zur Zeichnung aufgelegten 40-Millionen-Anleihe Bulgariens zu beteiligen.

Ab. Berlin, 4. Dezember. Das „Kleine Journal“ will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß das bekannte optische Industriewerk Goetz & Co. in Berlin, das große Lieferungen für die Armee in Vorkriegszeit hat, vom Kriegsministerium beauftragt sei, die Arbeiter zu nennen, die für die Ausführung des Auftrags in Anspruch genommen sind, damit diese bei einer etwaigen Mobilisierung von der Einziehung verschont bleiben. Derselbe Auftrag soll auch andern Werken zugegangen sein, die Armeelieferungen auszuführen haben.

Ab. Sofia, 4. Dezember. (Meldung der Agence Bulgare.) Der Waffenstillstand ist gestern abend 8 Uhr in Thessalonika unterzeichnet worden, und zwar nach dem von Danew vorgeschlagenen Texte, der folgende Bedingungen festsetzt: 1. Die kriegführenden Heere bleiben in ihren Stellungen. 2. Die belagerten Festungen werden nicht neu verproviantiert. 3. Die Zufuhr von Lebensmitteln für die bulgarische Armee wird über das Schwarze Meer und Adrianopel gesichert, und zwar vom zehnten Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes ab. 4. Die Friedensverhandlungen werden am 13. Dezember in London beginnen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Dezember 1912.

Volkfürsorge oder Volksfürsorgeanstalt?

h. Der Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Goldschmidt war es, der kürzlich auf der Konferenz aller Feinde der genossenschaftlich-gewerkschaftlichen „Volkfürsorge“ den Vorschlag machte, die privatkapitalistischen Volksversicherungsgesellschaften und die öffentlich-rechtlichen Art sollten sich in einheitlichen Phalanx zusammenfinden. Das erscheint den Leuten als das letzte Mittel, die „Volkfürsorge“ zu hintertreiben. Die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften haben kürzlich schon einen Zusammenschluß zu diesem edeln Zwecke durchgeführt. Jetzt, da die Arbeiter die Versicherung ihres Lebens und ihrer Existenz in die eignen Hände nehmen wollen, brennt es an allen Enden und Enden. Und warum? Die Volksversicherung ist für die Leute immer ein glänzendes Geschäft gewesen!

Das kaiserliche Ausschüsseamt für Privatversicherung hat den Reichstagsabgeordneten jenen seine Versicherungssatzung für 1910 zugehen lassen. Betrachten wir an der Hand dieser Ziffern einmal den Umfang der sogenannten kleinen Versicherung in Deutschland genauer.

Ende 1910 hatten: 11 deutsche Versicherungs-Aktiengesellschaften in ihrer Volksversicherung 6 845 285 Policen für Todesfall-Versicherung, dazu noch 4337 Versicherungen für den Lebensfall. 1 Gesellschaft (die Nürnberger Lebensversicherungsanstalt) 1 166 766 Personen als Zeitungsubskribenten versichert. 15 Gesellschaften 102 219 Policen über Sterbefallversicherung. 3 Gegenseitigkeitsgesellschaften 375 804 Volksversicherungspolice und 7 Gegenseitigkeitsgesellschaften 317 905 Policen. Zu diesen Gesellschaften, die mit dem deutschen Arbeiter und „Kleinem“ Mann abgeschlossen sind, kommt aber noch der deutsche Versicherungsbestand

ausländischer Gesellschaften. Ende 1910 hatten: 4 ausländische Gesellschaften (Rosmos, Niederlande; Allianz und Assicurazioni Generali, Oesterreich-Ungarn; Basler Lebensversicherungsgesellschaft, Schweiz) zusammen 27 442 „Kleine“ Versicherungen auf den Todesfall und 1089 „Kleine“ Versicherungen in Deutschland. Wenn wir die durch Zeitungen Versicherungen, die aber auch in der Mehrzahl Arbeiter und „Kleine“ Leute sind, gar nicht mit in Betracht ziehen, bleiben rund 7 874 000 Policeninhaber, die bei deutschen und ausländischen privatkapitalistischen Versicherungs-Gesellschaften zu ihrem Teile mithelfen, diesen Unternehmen hohe Profite zu sichern.

Es ist klar, die Versicherungsgesellschaften brauchen die 7,8 Millionen kleine Versicherungen; sie haben Angst, daß die „Volkfürsorge“, welche die Interessen der Versicherten ganz anders wahrnehmen wird, als es bis jetzt üblich war, ihnen einen erheblichen Teil der rentablen Kunden wegholt. Und was wollen jene Leuten, die jetzt nach nationaler Volksfürsorge schreien? Zum Teil sollen die Gelder der Arbeiter in den Städten auf dem Umwege über die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung dem Lande und der ländlichen Entschuldigungsaktion zugute kommen. Zum andern — und das ist das wichtigste — wird vielen der deutsche Arbeiter zu lebendig, er will ja immer mehr und mehr auch die letzten seiner Interessen selbst wahrnehmen. Und deswegen das große Geschrei, nicht nach einer ehrlichen Volksfürsorge, sondern nach einer unehrlichen, reaktionären Volksfürsorgeanstalt!

Der deutsche Arbeiter läßt sich nicht mehr in Fürsorgeanstalten einsperren, und wenn sie noch so reichlich mit schwarzweißen Fahnen geschmückt sind. Ebenjowenig hat er Lust, dem Kapitalisten, der sein Geld in Versicherungsgesellschaften gesteckt hat, eine hohe Rente zu gewährleisten. Der deutsche Arbeiter schafft sich seine Volksfürsorge selbst, und damit eine Versicherungsgesellschaft, die nur die Interessen der Versicherten, also seine eignen Interessen wahrnimmt.

— Sozialdemokratischer Verein. Am Dienstag den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, wird eine außerordentliche Generalversammlung im „Sachsenhof“ Stellung zum preussischen Parteitag nehmen, der Anfang Januar 1913 in Berlin tagen wird. Genosse Kühls wird das einleitende Referat halten. Die Versammlung hat auch die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Außerdem wird Genosse Vaber, der für den Magdeburger Bezirk am Bajeler Friedenskongreß teilnahm, Eindrücke und Erlebnisse zum Vortrag bringen. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Es sei noch einmal besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs gestattet ist.

— Arbeiterjugend, Bezirk Alte Neustadt. Am Donnerstag den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Georgenplatz 10 L. Versammlung. — Für den Bezirk Neue Neustadt findet am Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends, im „Weißen Hirsch“ eine Versammlung statt.

— Zum Streik bei der Firma Mundlos u. Co. ist zu bemerken, daß eine Forderung auch in der letzten Streikwoche nicht eingetreten ist. Bereits 8 Wochen dauert dieser Kampf, ohne daß die Firma auch nur die geringsten Zugeständnisse gemacht hätte. Die Streikenden haben in gemeinsamer Abstimmung einmütig beschlossen, den Kampf weiterzuführen.

**** Magdeburger Seefischmärkte** werden abgehalten: **Donnerstag** den 5. d. M., **vormittags** und **nachmittags** auf dem Körnerplatz und **Edel Obenstedter** und **Schillerstraße** in der **Wilhelmstraße** sowie **Edel Ottenbergstraße** und **Weinberg** in der **Alten Neustadt**. **Freitag** den 6. d. M., **vormittags**, und **Sonabend** den 7. d. M., **nachmittags**, in der **Neuen Neustadt**, in **Sudenburg** und in **Budau**, sowie **Sonabend** den 7. d. M., **vormittags**, auf dem **Wochenmarkt** in der **Alten Neustadt**. **Verkauf** werden: **Dorsch** zu 16, **Kabeljau** zu 17, **Kunrrahm** zu 18, **Wolungen** zu 18 1/2, und **Seeaal** zu 21 1/2 Pfg. das Pfund.

Der Verkauf von **Miesmuscheln**, bekanntlich einem ausgezeichneten und in Kreisen der Kenner sehr beliebtem Fleischgericht, über den wir demnächst noch weitere Mitteilungen bringen werden, zu den billigsten Tagespreisen ist von einem der nächsten Märkte an in Aussicht genommen. Anmeldungen zu den Gedärting 21 und Leipziger Straße 48 stattfindenden Seefischmärkten werden nach wie vor im Zimmer 2 des Altpädler Rathhauses und in sämtlichen Verwaltungsstellen entgegengenommen. In diesen Kochkürzen werden demnächst auch die verschiedensten Arten der Zubereitung von Miesmuscheln praktisch vorgeführt werden.

— Das Magdeburger Adressbuch für das Jahr 1913 ist jeben erschienen und gelangt von Donnerstag ab bis einschließlich Sonnabend den 7. d. M. in der Expedition, Fürstentw.straße 11, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adressbuch gegen Auszahlung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte zum Vorbestellpreis von 6 Mark in Empfang genommen werden. Von Montag den 9. d. M. ab beginnt die Zustellung der nicht abgeholtten Exemplare gegen eine Ueberreichungsgelbe von 10 Pfg. pro Exemplar innerhalb der Stadt, von 20 Pfg. pro Exemplar in den Vororten. — Der neue Jahrgang enthält neben der ausgedehnten Statistik ein sämtliche Teile des Werkes umfassendes Sachregister, auf das zur leichtesten Orientierung besonders hingewiesen wird. Eine wertvolle Beigabe bietet auch der große Verzeichnisplan von Magdeburg und Umgebung, der nach neuestem Material ergänzt und erweitert wurde. Das Adressmaterial weist wiederum so zahlreiche Veränderungen auf, daß hierdurch ein von dem vorjährigen völlig abweichendes Nachschlagewerk entstanden ist.

— Vor dem hiesigen Gewerbegericht wurden im November 48 Klagen von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber erhoben und eine Klage eines Arbeitgebers gegen Arbeitnehmer. Von den im November erledigten Klagen hatten 27 einen Streitwert bis zu 20 Mark, 15 einen solchen von 20—50 Mark, 7 von 50—100 Mark, 2 von 100—300 Mark. Ein Verurteilungsfall wurde in 7 Fällen und drei Endurteile in 13 Fällen gefällt. Durch Vergleich wurden 14, durch Zurücknahme 15 und auf andre Art 2 Klagen erledigt. Beweisbeschlüsse wurden 8 erhoben.

— Wasser- und Gasrohrbruch. Bei dem Kanalbau in der Freien Straße platzte am Dienstag abend gegen 8 Uhr vor dem Hause Nr. 37 das Wasserrohr und auch das Hauptgasrohr. An der Handlaterne des dortigen Wächters entzündete sich das ausströmende Gas und setzte die hölzerne Kanalabfuhr in Brand. Die alarmierte Feuerwehrlöschte die Holzleite, während Angestellte des Gaswerks das Gas, welches mit hoch aufliegender Flamme aus dem Kanal emporloderte, vor der Bruchstelle absperrten. Gegen 10 Uhr konnte die Feuerwehrlösch auf ihre Wache zurückkehren.

— Gestohlen wurde vor der Hauptpost ein Fahrrad „Panther“ mit hellblauen Rahmen, gelben Felgen und nach unten gebogener Lenkstange.

— Handtaschenabreißer. Einer Dame aus der Fürst-Georg-Straße wurde am 2. d. M. gegen 6 Uhr nachmittags im Sternengelände von einer jüngeren Mannsperion eine schwarze Lederhandtasche, in welcher sich ein schwarzes Klappportemonnaie mit etwa 5 Mk. Geld, eine Brille mit Futteral, ein ungezeichnetes Taschentuch und sonstige Kleinigkeiten befanden, aus der Hand gerissen und gestohlen.

— In Haft genommen wurden: der Arbeiter Otto W. und der Schlosser Willi D. von hier wegen Vergehens aus § 183 des Strafgesetzbuchs. — Der Volkserbeiter Emil Schirbel, Kleine Steinmetzstraße 3, erucht uns mitzuteilen, daß er mit dem wegen Bahnhofsdiebstahls verhafteten Volkserbeiter Sch. nicht identisch ist.

Konzerte, Theater, Sport etc.

*** Zentraltheater.** Wenn das Zentraltheater zu einer Premiere ruft, so ist das gleichbedeutend mit der Versicherung, daß den Besuchern ein trefflicher Spielplan vorgelegt werden wird. Noch immer ist dies der Fall gewesen, und auch auf das jetzige Programm sind alle Ausdrücke des höchsten Lobes anzuwenden. Sämtliche 10 Kammern sind erstklassige Schläger und jede für sich geeignet, als Kellame- und Jugumment zu dienen. Und gerade das stellt das Zentraltheater auf eine so hohe Stufe, daß in seinen einzelnen Spielplänen alle Kammern von erster Qualität sind.

*** Bahalla-Theater.** Das seit 1. Dezember engagierte Varieté- und Burlesken-Ensemble „Mignon“ hat sich auf das vortrefflichste eingeführt. Die Gesangsbeiträge und Schauspieler haben stimmungsvollen Reiz und die zur Aufführung gelangenden Possen rufen allabendlich die größte Heiterkeit hervor. Auch das neuengagierte Salonorchester „Albina“ hat durch seine künstlerischen Leistungen und durch ein stets abwechselndes Programm allabendlich großen Erfolg.

Letzte Nachrichten.

Ab. Berlin, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Die Wahlprüfungskommission des Reichstags erklärte heute die Wahl des freikonservativen Abgeordneten von Palem einstimmig für ungültig. Von Palem war vom Wahlkommissar als gewählt proklamiert worden, trotzdem der Pole von Sakh-Toworski gewählt worden war. Man hatte dem Polen einfach zwei Stimmen abgezogen und ihn so in die Stichwahl gebracht. In der Stichwahl wurden dann 600 polnische Stimmen für ungültig erklärt, weil der Name Sakh nur mit einem „S“ geschrieben war. Der Wahlkommissar war der Herr — von Palem selbst!

Ab. Berlin, 4. Dezember. Ein Protest des Abgeordneten Haushes gegen den Reichstanzler ist geplant. Gestern abend ist ein Antrag aller bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus eingebracht worden, der Protest erhebt gegen die Staatsordnung im Reichshaus, wonach ein Tausch von Grundstücken vorgenommen werden soll, um eine dem Reichstanzler als Nachbarschaft unbedequate Möbelfabrik in die Nachbarschaft des Abgeordnetenhauses in der Prinz-Albrecht-Straße, Ecke Königgräberstraße, zu bringen.

Ab. Berlin, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Die Ersatzwahl in Neuh. a. L. wurde auf den 19. Dezember festgesetzt.

*** Frankfurt a. M., 4. Dezember.** Bei der Stadtorde ordnungswahl blieben durch den Zusammenschluß des Freisinn mit dem Zentrum alle 7 Mandate in bürgerlichen Händen.

Ab. Aumetz (Lothr), 4. Dezember. Auf der Grube Aumetz sind gestern ein Häuer und zwei Schleppler durch stürzende Gesteinmassen erschüttert worden. Der Häuer wurde getötet und die beiden Schleppler erheblich verletzt.

Ab. Straßburg, 4. Dezember. Die Straßburger Straßammer verurteilte gestern den Abbé Luytmont wegen Verleumdung des Bischofs Benzler von Metz zu einem Monat Gefängnis und dem mitangeflagten Redakteur Lutz zu einer Geldstrafe von 400 Mark.

Ab. Freiburg i. Br., 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Der Divisionsführer der 29. Division, ein Sergeant, ist nach Paris entflohen. Er soll Mobilisierungspläne geklaut haben, um sie an französische Militärbehörden anzukommen. Der Flüchtling hat auch das Monatsgehalt des Divisionskommandeurs v. Deimling mitgenommen.

Ab. Gummertsbach, 4. Dezember. In dem Nachbarort Berg-Neustadt ist gestern abend das Fabrikgebäude der Spinnerei und Wolllwarenfabrik von Picard u. Siebel niedergebrannt. Das Maschinenhaus und das Lager konnten gerettet werden.

Ab. Wien, 4. Dezember. Der „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Czernowitz gemeldet, daß in Dorna und Rimpohung eine Hungersnotrevolte ausgebrochen sein soll. Militär ist zur Herstellung der Ordnung bereits nach den beiden Orten abgesandt worden.

Ab. Pest, 4. Dezember. Eine Versammlung der vereinigten Oppositionsparteien erklärte in einer Resolution zu der Gesetzesvorlage über den Ausnahmezustand im Kriegesfall, Ungarn sei wohl geneigt, in einem etwaigen Kriege die größten Opfer zu bringen; die Vollmachten aber, die den Militärbehörden eingeräumt würden, gingen allzuweit. Namentlich wurde beanstandet, daß der Ausnahmezustand nicht nur während eines Krieges, sondern schon bei drohender Kriegsgefahr verhängt werden kann. (Siehe Pol. Uebersicht.)

Ab. Paris, 4. Dezember. Auf dem Flugplatz in Villa Coublay stürzte gestern nachmittags der Mechaniker Jambou auf einem Flugzeug mit einem Flugzeug neuer Konstruktion ab. Er wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.

Ab. Bern, 4. Dezember. Die sozialdemokratische Fraktion des schweizerischen Nationalrats hat beschlossen, gegen die Bewilligung der Kredite für den Besuch des deutschen Kaisers zu stimmen.

Ab. Luy (Spanien), 4. Dezember. Das Kriegsgesicht in Chaves hat die portugiesischen Royalisten Marquis Abrantes, Viconte Palmella und Labadie zu sechs Jahren Gefängnis und 10 Jahren Verbannung oder 20 Jahren Verbannung nach Wahl verurteilt.

Ab. Peking, 4. Dezember. Einem Telegramm aus Unga zufolge hat die russische Regierung die Absicht, Droskowitz zum Generalresidenten der Mongolei zu ernennen. Damit würde sie sich an die Methode anlehnen, die Japan bei der Annexion Koreas beobachtet hat. Diese Maßnahme läßt die Annahme begründet erscheinen, daß die russische Annexion der äußeren Mongolei beschlossene Sache ist. Wenn die chinesische Regierung nicht sofort Protest einlegt, wird sie diese Gebiete verlieren. Der Präsident Juanichai, der den Ernst der Situation erkannt hat, hat einen außerordentlichen Ministerat einberufen, um über Gegenmaßregeln zu verhandeln, die jedoch geheim bleiben werden. Sunjatsen hat den Präsidenten telegraphisch aufgefordert, gegen die Haltung Russlands zu protestieren und energischen Widerstand zu leisten, und sei es selbst mit Gewalt. Wenn Russland die Hand nach der Mongolei ausstreckt, so sei damit der Anfang zu einer Teilung Chinas gemacht.

Ab. Dresden (Ohio), 4. Dezember. Bei einem Zugzusammenstoß auf der Pennsylvaniaabahn wurden gestern acht Personen getötet und ebenso viele tödlich verletzt.

Wettervorhersage.

Donnerstag, 5. Dezemb.: Zeitweise heiter, vorwiegend trocken, tagsüber mild.

Siegfried Cohn

Webereiwaren  Breiteweg 58/60

Günstigste
Gelegenheit
für den

Weihnachts-Einkauf

Ganz besonders billig!

Fabrikations-Restposten
5 Kostüm-Stoffe
Herbst- u. Wintersaison 1912
:-: chic und modern :-:

Posten 1
Schwere Kostümstoffe 90
ca. 90 cm breit, mit Noppen-Effekten
außergewöhnlich billig . . . Meter

Posten 2
Loop-Kostümstoffe ca. 90 cm breit
feine Streifen und Karos
außergewöhnlich billig . . . Meter **140**

Posten 3
Ca. 90 cm breit. Weltberühmtes, von allen Fachleuten als erstklassig anerkanntes Fabrikat:
Kostümstoffe — hochmoderne Diagonal-Stellungen
aus Restgarnen gearbeitet, daher der außergewöhnlich billige Preis Meter **115**

Posten 4
Kostümstoffe ca. 130 cm breit
neueste Streifen und Melangen,
außergewöhnlich billig . . . Meter **100**

Posten 5
Kostümstoffe ca. 130 cm breit
schöne mittelfarbige Streifen
außergewöhnlich billig . . . Meter **125**

Aussergewöhnlich billige Posten

Cheviot und Diagonal

ca. **5000** Meter

reinwollene Elsässer Strapazier-Qualitäten, nur Qualitäten aus allerersten Fabriken für Kostüme, Kleider, Röcke, Turnkleider

Reinwollener
Cheviot

ca. 85 cm breit, in marine, schwarz, braun, bordeaux

Meter **75** Pf.
nur

Reinwollener
Cheviot

ca. 90 cm breit, schwere Qualität, in vielen Farben

Meter **110**
nur

Reinwollener
Cheviot

ca. 110 cm breit, Prima Qualität, in vielen Farben

Meter **135**
nur

Reinwollener
Diagonal

ca. 85 cm br., gute Strapazierware, in groß. Farbauswahl

Meter **115**
nur

Reinwollener
Diagonal

ca. 110 cm br., Prima Qualität, speziell für Kostüme geeignet

Meter **140**
nur

Erstklassiges Spezialhaus!

Kleiderstoffe

Die für Geschenkzwecke gekauften Kleiderstoff-Roben und Blusen sowie Hauskleider und Dienstbotenkleider liefere ich in vornehmer Weihnachts-Aufmachung. Auch alle andern Geschenk-Artikel bringe ich in schöner, gefälliger Verpackung ohne Extra-Berechnung.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 284.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Dezember 1912.

23. Jahrgang.

Aus der Parteibewegung.

Gemeinbewähler. Bei den diesjährigen Gemeinbewähler im zum großen Teile rein ländlichen Fürstentum Lüneburg (zum Großherzogtum Oldenburg gehörig) schneit die Sozialdemokratie gut ab. Trotz der frupfellen Agitation der Gegner gelang es uns, in Renjesfeld und Stodelsdorf die sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat zu behaupten. In Renjesfeld sitzen sieben und in Stodelsdorf acht Sozialdemokraten von zwölf Gemeinbewählern im Gemeinderat. In der Landgemeinde Gutin wurden drei, in Ahrensböck zwei und in Malente, Ost-Katekau und West-Katekau je ein Genosse neu gewählt. Insgesamt sitzen jetzt im Fürstentum Lüneburg 25 Sozialdemokraten in den Gemeinderäten.

Eine abgewiesene Reichsverbandsklage. In Brandenburg a. d. S. fand am Dienstag die Berufungsverhandlung in dem bekannten Prozeß des Reichsverbandes gegen den verantwortlichen Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Gen. Erich Baron, statt. Die Verhandlungen vor dem Schöffengericht hatte mit einer gründlichen Verurteilung der Kampfmethode des Reichsverbandes geendet; lediglich wegen formeller Verletzung war Genosse Baron zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Beide Parteien legten gegen das Urteil Berufung ein. In der Verhandlung am Montag vor der Brandenburgischen Strafkammer wurde auf Anregung des Vorsitzenden eine sehr eingehende Debatte über die prinzipiell wichtige Frage herbeigeführt, ob die als Kläger auftretenden Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes mit Herrn von Siebert an der Spitze überhaupt die zur Führung des Prozesses notwendige Aktivlegitimation besäßen. Der Vorsitzende gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Kläger angeblich beleidigende Äußerungen über die Tätigkeit des Reichsverbandes betreffen, wie sie öffentlich in die Erscheinung treten. Es liege also keine Beleidigung der Vorstandsmitglieder vor. Der Vertreter des Reichsverbandes, der liberale Rechtsanwalt Dr. Cohn aus Dessau, war mit dieser Deduktion nicht einverstanden. Die Vorstandsmitglieder seien beleidigt worden, denn sie seien für die Kampfmethode des Reichsverbandes die moralisch Verantwortlichen, nicht die Agenten, die nur als willenlose Werkzeuge ihrer Auftraggeber in Betracht kämen. Wer sich daher über die Kampfmethode des Reichsverbandes abfällig äußere, spreche, wie das in dem unter Anklage gestellten satirischen Interat der Fall sei, beleidige den Vorstand. Die Brandenburgische Strafkammer stellte sich jedoch mit dem Verteidiger des Angeklagten, Genossen Heine, auf den Standpunkt, daß der Angriff auf den Reichsverband in keiner Weise die Beleidigung eines einzelnen Vorstandsmitgliedes bedeute. Die Satire richte sich nicht gegen Personen, sondern gegen eine politische Kampfmethode. Dem klägerischen Vorstände des Reichsverbandes mangle daher die Aktivlegitimation. Das Schöffengerichtsurteil wurde nach kurzer Beratung von der Brandenburgischen Strafkammer aufgehoben, das Verfahren eingestellt und die Kosten den Privatklägern zur Last gelegt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Ein Fiasko der Gelben. In Augsburg, wo die gelbe Arbeiterzerpflünderung von den Industriellen mit allen Mitteln gefördert wird, will es in letzter Zeit damit gar nicht mehr vorwärts gehen. Die Mitglieder reihen in Scharen aus, und bald werden die Führer ohne Mitglieder dastehen — trotz der vielen Tausende von Mark, die von den Unternehmern zur Unterstützung der gelben Vereine gespart wurden. Der Niedergang der gelben Bewegung in Augsburg zeige sich in augenfälliger Weise in einer großen gelben Versammlung, die am Sonntag einberufen worden war und in der zu der bevorstehenden Gewerkschaftswahl Stellung genommen werden sollte. Obwohl in allen Fabriken mit großen Plakaten auf die Versammlung hingewiesen worden war und von den Meistern und Beamten mit allem Nachdruck für guten Besuch agitiert worden war, war der Besuch geradezu jämmerlich. Von den rund 6000 Gelben, mit denen renommiert wird, hatten sich ganze 150 eingefunden, trotzdem man aus Essen einen besonders zugkräftigen Redner herbeigeholt hatte. Nach einer Stunde hatte dieser die wenigen Besucher auch noch bis auf ein Dutzend zum Saale hinausgeredet. Dieser glänzende Scheinfall der Gelben bedeutet ein gutes Omen für die kommende Gewerkschaftswahl und es ist erfreulich, daß gerade in Augsburg, dem Ausgangspunkte der gelben Arbeiterzerpflünderung, die irreführten Arbeiter wieder zur Einsicht kommen, daß sie sich damit nur selbst schädigen.

Wegen „Belästigung von Unorganisierten“ durch Stricheleien, vor allem durch die Drohung: „Wenn Du nicht in den Verband gehst, kannst Du allein in der Festhalle arbeiten“, war ein Breslauer Bauarbeiter zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Seine Berufung gelangte an die Strafkammer des Direktors Rausche. Der Vorsitzende nannte das Verhalten des verurteilten Baubelegierten „niederträchtig und gemein“, meinte zu ihm: „Das ist wohl Ihre Freiheit, die Aufhebung von Gesetz und Moral!“ und rief schließlich aus: „Es trifft sich wertwiegend, daß dieser Streich gegen die Freiheit des Arbeitswilligen gerade in der Festhalle geschehen muß, die zur Erinnerung an die Befreiung Preußens gebaut wird!“ Es blieb bei der Woche Gefängnis.

Streik im Textilgewerbe. Bei der Firma J. W. Eck in Kumbach ist ein Streik der Färbereiarbeiter ausgebrochen, weil die Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemäßigert wurden. Der Besitzer der Firma, der „liberale“ Kommerzienrat Herr Strödel, hat bereits im Jahre 1908 den Weibern in Goldmühl (Oberrianten) das Koalitionsrecht auf gleiche Art freitig gemacht. Er selbst macht von Koalitionsrecht Gebrauch, denn er ist Mitglied des ländlichen Industriellenverbandes. In dem Betrieb werden die denkbar niedrigsten Löhne gezahlt auch lassen die übrigen Arbeitsbedingungen viel zu wünschen übrig. Deshalb hat wohl die Firma begründete Ursache, sich vor der Entwicklung der Organisation in ihrem Betriebe zu fürchten.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Verlagsanstalt der Konsumvereine und die Unternehmernorganisation. Genosse Legien veröffentlicht folgende Mitteilung: „In der Nummer vom Sonnabend, 23. November, richtete der „Vorwärts“ in dem Artikel „Ein Genossenschaftsrat unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ heftige Angriffe gegen die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co. wegen deren Zugehörigkeit zum Deutschen Buchdruckerverein und der Leistung von Beiträgen zu dem „Fonds für besondere Zwecke“. Am Freitag, 29. v. M., fand in Hamburg eine schon seit längerer Zeit bestimmte Sitzung von Mitgliedern des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, des Vorstandes des Verbandes deutscher Buchdrucker und der Generalkommission der Genossenschaften Deutschlands statt, die zu der vom „Vorwärts“ nunmehr öffentlich behandelten Angelegenheit Stellung nahm. In der Sitzung wurde Material vorgelegt, das der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bisher nicht bekannt war, aus dem sich aber unabweisbar ergibt, daß der „Fonds für besondere Zwecke“ des Deutschen Buchdruckervereins in erster Linie

ein Kampffonds gegen die Arbeiter ist und nur nebenbei Wohltätigkeitszwecken dienen soll. Es wurde ferner festgestellt, daß eine größere Anzahl Unternehmer, besonders im Kreise Rheinland, die Beiträge für den Fonds nicht bezahlten. Diesen Unternehmern ist, falls sie sich bis zum 1. Juli 1913 nicht für die Beitragsleistung entscheiden, der Ausschluss aus dem Verein angedroht. Nach diesen Feststellungen erklärte die Verlagsanstalt unter Zustimmung des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die Beiträge für den „Fonds für besondere Zwecke“ nicht weiter zu bezahlen und es eventuell auf einen Ausschluss aus dem Deutschen Buchdruckerverein ankommen zu lassen. Damit dürfte die Angelegenheit wohl erledigt sein.“

Provinz und Umgegend.

Afen, 4. Dezember. (Stadtverordnetenwahl.) Am Freitag den 6. Dezember, mittags 12 Uhr, sollen die wahlberechtigten Bürger der Stadt entscheiden, ob die Mandate der 3. Klasse im Besitz der Arbeitererschaft bleiben sollen, deren Vertreter wie bisher benützt sein werden, eine moderne, im Interesse der Allgemeinheit liegende Kommunalpolitik zu treiben. Zu wählen sind in der 3. Abteilung zwei Stadtverordnete. Die Arbeitererschaft muß sich diese Sitze erhalten. Unsere Arbeitervertreter im Stadtparlament haben bisher stets mit größter Energie für die Minderbemittelten gewirkt. Ihre Tätigkeit blieb nicht ohne Erfolg. Sehr oft wurden allerdings ihre Vorschläge von den Vertretern des bezüglichen Bürgertums mit unglaubwürdiger Begründung abgelehnt. Unsere Genossen wurden bei der Bildung der Schulkommission ausgeschlossen, trotzdem es gerade die Kinder der Arbeitererschaft sind, über deren Schulung die Kommission wachen soll. In dieser Kommission hätten alle Schichten der Einwohnererschaft vertreten sein müssen. Es war für die Wähler der 3. Abteilung ein Schlag ins Gesicht, als ihre Vertreter von der rüchändigen bürgerlichen Majorität für unwürdig angesehen wurden, in dieser Kommission für die Volksschule mitzuwirken. Daran muß jeder Arbeiter, jeder minderbemittelte Bürger erkennen, wie notwendig es ist, daß ihre Macht im Stadtparlament mindestens in ihrer Stärke erhalten bleibt. Auf soziale Einsicht der Gegner haben sie nicht zu rechnen. Es muß nun gekämpft werden bis zur Erschöpfung. Die Kandidaten der Arbeitererschaft müssen glänzend siegen. Auch bei anderer Gelegenheit hat die Reaktion ihren wahren Charakter gezeigt: als der Arbeiter-Tarntwein den Antrag gestellt hat um Uebernahme eines Teiles der Heide zur Abhaltung des Bezirksfestes. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, „die Heide leide darunter, und für auswärtige Turner gebe die Stadt die Heide nicht frei“. Der Stadtverordnete sprach frei aus, daß die Turner den Platz nicht bekommen, weil sie als sozialdemokratisch angesehen werden. Die Arbeitervertreter haben ein für neuzeitliche Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege und der sozialen Hilfe. Sie verlangen die Abschaffung der Desinfektionsgebühren, Abschaffung des Bürgerrechtsgebühres. Sie forderten Konstantarbeiten, gaben Anregungen zur Schulfrage, luden durch die Notwendigkeit der Zuteilung der Heide der Gemeinde für die notwendige Einwohnererschaft. Es gibt in unserer Gemeinde noch viel zu bessern im Interesse der Arbeitererschaft und aller wirtschaftlich Schwachen. Wähler, ihr müßt mitwirken, daß die Gemeinde ausgebaut wird; ihr dürft nicht teilnahmslos zusehen, wie andre sich abmühen. Keiner darf glauben, auf ihn komme es nicht an. Wer seine Stimme abgibt für die Kandidaten der Arbeitererschaft, fördert damit das Allgemeininteresse. Die Arbeitererschaft mag die wenigen Tage vor der Wahl aus, agitiere zu jeder Stunde und Gelegenheit. Opfert einige Stunden eines kümmerlichen Arbeitsverdienstes — Wahl ist nur alle 2 Jahre —, geht frühzeitig zur Wahl, am besten gleich mittags 12 Uhr! Stadtverordneterwähler, stimmt für die Genossen

Lagerhalter Gustav Schmidt,
Restaurateur Hermann Brunn.

— (Der zweite Vortrag) des Genossen Reimers findet am Freitag abend statt. —

Mischerleben, 4. Dezember. (Einer hebllicher Geburtentückgang) ist hier festgestellt worden. Eine Zusammenstellung der Geburtenzahl innerhalb der letzten 10 Jahre weist nach, daß die Geburtenzahl um 20 v. H. gesunken ist. Der „Anzeiger“ hält wegen dieses Geburtenrückgangs die Schaffung eines Volksparks in der Johanniskirche dem künftigen Stadteil, für notwendig. Den Wert eines Volksparks wird kein einseitiger Mensch verkennen, aber daß damit der Geburtenrückgang aufgehoben werden kann, wird keiner behaupten. Die Lebenshaltung stellt heute so hohe Anforderungen, daß es bei den Löhnen, die im Durchschnitt erreicht werden, einer Familie mit nur drei Kindern kaum möglich ist, durchzukommen. Bietet nun der Volkspark mit seinen Anlagen den Kindern zwar Gelegenheit, sich nach Herzenslust zu tumeln so steigert sich aber naturgemäß auch der Appetit, der jetzt schon kaum gefüllt werden kann. Dem Geburtenrückgang kann somit am wirksamsten durch Erhöhung der Löhne begegnet werden. Darin stimmen die hiesigen Sozialdemokraten mit dem „Anzeiger“ überein, wenn er schreibt: „Der Kampf gegen die Ursachen dieses Rückgangs muß selbstverständlich unsere Stadtverwaltung daneben mit allen Mitteln aufnehmen.“ Der „Anzeiger“ möchte, wenn er nicht nur Worte machen wollte, dafür eintreten, daß den in den Papierverarbeitungsberrieben verheirateten männlichen Arbeitern die Löhne unter allen Umständen aufgebessert werden. Nicht minder ist das bei den landwirtschaftlichen Arbeitern nötig. Die dem Vaterlande drohende Gefahren infolge des Geburtenrückgangs können unsere Patrioten am besten abwenden, wenn sie den Arbeitern das Durchkommen erleichtern. Das wäre christlicher Patriotismus.“

Barby, 4. Dezember. (Einen schweren Unfall) erlitt am Dienstag vormittag der in der Brückstraße hier wohnhafte Schiffer Franz Bedener. Der Schiffer war am hiesigen Hafen beim Löschen eines Rahnes beschäftigt. Beim Anholen des schweren Rahms schlug ihm dieser gegen ein Bein, so daß er einen komplizierten Beinbruch oberhalb des Fußgelenks davontrug. Mittels Krankenwagens wurde er in das Hospital-Krankenhaus gebracht.

Burg, 4. Dezember. (Ein schrecklicher Unfall) ereignete sich am Montag abend gegen 8 Uhr auf dem hiesigen Staatsbahnhof. Der Ausschiffschaffner Otto Bühring, in Barleben wohnhaft, war dienstlich mit dem Güterzug 7984 von Genthin gekommen und wollte sich nach dem Güterbahnhof begeben. Gerade zu dieser Zeit wurde der von Magdeburg kommende Personenzug, der hier liegenbleibt, auf ein anderes Gleis geschoben. B. hat anscheinend das Herannahen des Zuges überhört und wurde überfahren und sofort getötet. Beide Leiche wurden ihm vom Rumpfe getrennt. Die Leiche wurde nach der Friedhofskapelle gebracht, von wo sie nach Barleben übergeführt wird.

— (Ein Leeres Gerücht.) In letzter Woche zirkulierte hier das Gerücht, daß durch den Genoss „Leberwert“, das von einem hiesigen Fleischer entnommen war, mehrere Familien erkrankt seien. Dies trifft jedoch nicht zu. Die Polizei hat bei einem Käufer das erkrankte Leberwert beschlagnahmt und dem Nahrungsmitteluntersuchungsamt Magdeburg zur Untersuchung eingelebt. Diese hatte folgendes Ergebnis: Der Geruch der Ware war zur Zeit des Eintreffens durchaus einwandfrei. Bei der im Kgl. Medizinal-Untersuchungsamt vorgenommenen bakteriologischen Prüfung waren Fleischergiftungs-

bakterien nicht nachweisbar. Auch durch die in unserm Ante vorgenommene chemische Prüfung konnten Anhaltspunkte für die angegebenen Erkrankungen nicht gewonnen werden.

Dr. Kappeller.
— (Das Arbeiterssekretariat) befindet sich seit Dienstag Magdeburger Straße 46. —

Halberstadt, 4. Dezember. (Stadtverordneten-Sitzung vom 3. Dezember.) Aus einer Hilfslehrerinnenstelle wurde eine ordentliche Lehrstelle für die Volksschule geschaffen. Sodann wurden 570 Mark zur Miete von weiteren Räumen für die Waage des ersten Polizeireviere bewilligt. Eine längere Debatte entspann sich über die Neuregelung des Müllabfuhrwesens. Nachdem der bisherige Unternehmer die Abfuhr einstellen mußte, hat sich der Haus- und Grundbesitzerverein bereit erklärt, durch Gründung einer Genossenschaft die Müllabfuhr zu übernehmen. Der Magistrat verlangt die Genehmigung der Veranlagung, um einen Beitrag mit genanntem Verein abzuschließen zu können. Genosse Dr. Cohn wandte sich dagegen, dem Magistrat die Genehmigung zu erteilen, ohne daß klargelegt wird, unter welchen Bedingungen dem Hausbesitzerverein die Abfuhr übertragen werden soll. Nachdem der Bürgermeister Weidenborn erklärt hatte, daß der Preis für die Abfuhr auf keinen Fall erhöht würde, stimmte die Veranlagung dem Antrag zu. Eine Kommission wurde ernannt, welche die Geschäftsordnung zu prüfen und zu modernisieren hat. Es folgen eine Reihe Rechnungslegungen. Bei der Abrechnung über die Fortbildungsschulen wies Genosse Heine darauf hin, daß viele Klagen von Fortbildungsschülern kämen, über die Art der Schulstrafen. So mußten manchmal die Schüler zwei Stunden lang mit eingezogenen Beinen in den Bänken sitzen. Dagegen erucht Redner um baldige Einrichtung der Fortbildungsschule für weibliche Arbeiterinnen. Stadtrat Leonhardt berichtet wegen der Beschwerden Erziehungsinziehen zu wollen: die Frage der Errichtung der Fortbildungsschule für weibliche Arbeiterinnen werde gleich nach dem 1. Januar ihre Erledigung finden. —

Leberwert, 4. Dezember. (Die erste öffentliche politische Versammlung) die am Sonntag stattfand, war sehr gut besucht. Ueber „Krieg dem Kriege!“ sprach Genosse Albrecht in ausgezeichneter Weise. Die Entstehung, der bisherige Verlauf des Weltkriegs und die durch ihn entstehenden Gefahren für das Volk wurden treffend geschildert. Weiter ging der Redner auf innerpolitische Zustände ein, sprach über die herrschende Fleischnot und die zu ihrer Überwindung von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Vorschläge. Das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien wurde gewürdigt. Daß alle Anwesenden mit den Ausführungen des Genossen Albrecht einverstanden waren, zeigte ihr stürmischer Verlauf. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen. Eine Anzahl neuer Volksvereinsmitglieder wurde gewonnen. —

Osternieck, 4. Dezember. (Gewerkschaftskartell) Zu der am 2. Dezember stattgefundenen Kartell-Sitzung waren die Gewerkschaftsvorstände eingeladen, die außer den Meistern und den Landarbeitern auch sämtlich erschienen waren. In einem 1 stündigen Referat erläuterte Genosse G. Löwe über die demnachst in Kraft tretende „Volkshilfsorgane“ Bericht. Seinen Ausführungen wurden mit großem Interesse gefolgt. Nach der Diskussion wurde zu den Vorarbeiten der „Volkshilfsorgane“ eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Kartellvorstand und dem hiesigen Konsumvereins-Ausschuß. Es wurde beschlossen, daß die hiesigen Genossen den feinerzeit mit ihnen gefaßten Beschluß, keine Zweizehntel-Gläser an Gewerkschaftsmitglieder zu verabreichen, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Kartellvorstand wurde beauftragt, sich in dieser Angelegenheit mit dem Kartellverein in Verbindung zu setzen. Von einem zugereisten Genossen wurde Beschwerde über die hiesige Herberge geführt. Die Herbergskommission wurde erucht, diese Sache zu untersuchen. Die Bücherausgabe der Genossenschaftsbibliothek erfolgt jetzt von Herrn Gahwirth Fineman („Preußischer Hof“). Bücher sind zu jeder Tageszeit zu haben. Um regere Benutzung der Bibliothek wird erucht. Einige interne Angelegenheiten fanden Erledigung. —

Schneidlingen, 4. Dezember. (Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.) Unsere Eisenbahn Station-Blumenberg ist bekanntlich eine Sekundärbahn an deren Ueberwegen sich meistens keine Schranken befinden. Die Maschine muß, wenn sie sich solchen Ueberwegen nähert, klingen. Bekanntlich ist an einem solchen Ueberweg der Fleischmeier Bröje mit Frau und Kind und Fuhrwerk überfahren worden. Bröje hat schwere Verletzungen davongetragen, deren Folgen er zeitweilig mit sich herumtragen muß. Auch Frau Bröje ist verletzt worden. Zum Danke dafür ist Bröje wegen Gefährdung eines Eisenbahnzugs angeklagt worden. Er hat allerdings keine Preisprechung erucht, obgleich die Eisenbahnbeamten behaupten, daß sie gelautet hätten, andre Zeugen allerdings haben das bestritten. Die vom Amtsanwalt gegen das preisprechende Urteil eingelegte Berufung ist wieder zurückgegeben worden und an dem fraglichen Ueberweg wird nun eine Schranke errichtet, die von einer andern Stelle genommen wird, wo sie weniger nötig ist. Auf dieser Eisenbahnstrecke sind infolge des Fehlens von Schranken schon mehrfach Ueberfahrungen, auch solche mit tödlichem Ausgang vorgekommen. Zur Anlage von Schranken entschließt man sich aber nur schwer, sie kosten ja Geld. —

Stahlfurt, 4. Dezember. (Die Firma S. Läger) hat am Sonnabend ihrem Personal ein Festessen und ein Kränzchen gegeben. So etwas macht sich wunderbar, zumal wenn wie geschehen, die Zeitungen davon Notiz nehmen. Die Herrschaften, die es lesen, sind entzückt von dem noblen Sinne der Firmeninhaber und kaufen noch einmal so gern in diesem Geschäft. Aber mit dieser öffentlichen Lebenswürdigkeit der Firma ihrem Personal gegenüber sind die Löhne schlecht in Einklang zu bringen. Sie zahlt ihren Schneiderinnen 30, ja selbst nur 20 Mark pro Monat! Ob die reichen Damen, die sich ihre prächtigen Kostüme bei Läger verschaffen lassen, das wohl wissen? Ob sie wohl eine Ahnung davon haben, wie dürftig die Schneiderinnen bei dem blendenen Staate, den sie in emphyer Arbeit mit gefalteten Händen anfertigen, leben müssen? Und wenn sie es wüßten, würden sie dann zu Herrn Hennecke sagen: „Wir kaufen nicht bei Ihnen, wenn Sie nicht auskömmliche Löhne zahlen?“ —

Stendal, 4. Dezember. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Rechnung der Fortbildungsschule schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2964 Mark und die der Jugendverwaltung B mit 77 057 Mark Einnahme und 63 260 Mark Ausgabe ab. Folgende Haushaltpläne für 1913 wurden unverändert angenommen: Für die Hilfschule mit 10 050 Mark gegen 6850 Mark im Vorjahr. Die Mehrkosten sind durch Schaffung einer Lehrerinneinstelle für die Aufsicht beim Beden der Unterricht in der Nadelarbeit und durch eine einmalige Ausgabe in Höhe von 275 Mark für eine Masseneinrichtung entstanden. Für die katholische Volksschule mit 3550 Mark in Einnahme und Ausgabe (4700 Mark im Vorjahr); die Reger Volksschule mit 29 350 Mark; die Vorbereitungsschule mit 13 950 Mark; die Turnhallenverwaltung mit 3140 Mark in Einnahme und Ausgabe. Für die Benutzung der letzteren werden vom Männerturnverein jährlich 50 Mark und vom Turnverein Frauen, der den Spielplatz nun benutzt 110 Mark erhoben. Der Bibliotheksfonds der Landes-Stiftung hat in diesem Jahre eine Mehreinnahme von 150 Mark, 1480 Mark sind in die Sparkasse eingezahlt worden. Der Vermögensfonds dieser Stiftung hat ein Vermögen von 52 225 Mark, die Mehreinnahmen betragen in diesem Jahre 113 Mark. Der Haushaltplan der Selbstverwaltung schließt mit 7670 Mark ab. Die Einnahmen der Beschäftigten betragen 6919 Mark. Das Vermögen dieser Stiftung setzt sich zusammen aus Grundeigentum, Hypotheken in Höhe von 75 000 Mark und Wertpapieren von 86 600 Mark. Der englische Unter-

nicht für die Mädchen-Mittelschule wird in einen wahlfreien umgewandelt. Ueber die Verunglückung der Straßenfront in der Südpromenade werden mehrere Beschwerden vorgebracht. Der Stadtbaurat erklärt, Abhilfe sei schwer zu schaffen. Zur Abklärung des westlichen Bürgersteigs in der Duerstraße werden 850 Mark bewilligt. In der Kieniger, Weingarten- und Blumenthalstraße soll Rotdorn angepflanzt werden. Die Kosten betragen circa 1000 Mark. Bei der Beleuchtungsfrage des Tunnels werden Klagen laut über das sich im Tunnel anfallende Wasser. Stadtb. Langenbeck fragt an, ob das in Stenbal verbreitete Gerücht, beim Tunnelbau sei ebenso beständig wie beim Bau der Mieselmauer verfahren, begründet sei. Baurat Krüger betont, daß beim Tunnelbau in einwandfreier Weise gehandelt wurde. Dieses Gerücht werde jedenfalls von den Bauunternehmern, die wegen ihrer zu hohen Forderungen (35 000 Mark mehr, D. B.) abgewiesen worden sind, fortgeführt. Der Tunnel hätte besser isoliert werden müssen. Das könne aber auch noch jetzt geschehen. Eine lebhafteste Debatte entstand über die Schaffung eines Wohlfahrtsamtes für Schwindliche, Lypus- und Krebskranke, Säuglingsfürsorge, Krüppel- und Trinkerfürsorge. Auch wird das Gebarmenwesen mit geregelt. In Zukunft muß eine Gebarmen jedes Kind, auch bei armen Familien, unbedingt Folge leisten. Die Stadt übernimmt die Bezahlung und wird den ausgelegten Betrag von den nicht notorisch Armen wieder einziehen. Stadtb. Genosse Daniel bezieht die Schaffung dieser Einrichtungen. Es müsse aber noch ein Weiteres geschehen. Nicht nur die Kranken dieser Beachtung finden, sondern man müsse versuchen, die Gefahren vor der Tuberkulose und andern Krankheiten zu schützen. Zu diesem Zwecke seien die Krankenzustände und der Gewerbebetrieb hinzuzuziehen. Eine in dieser Weise in der hiesigen Metallindustrie aufgenommene Statistik habe das Fehlen von Waschvorrichtung und Ventilation ergeben, trotzdem diese Arbeiter meist mit recht giftigen Substanzen in Berührung kommen. Stadtb. Langenbeck wehrt sich gegen diese Vorwürfe. In seinem Betriebe seien Waschvorrichtungen und Handtücher vorhanden, aber die Arbeiter ließen die Schmutzbestimmungen außer acht und bezeugten Hinweise mit dem Einwand: Wie wir uns zu verhalten haben, wissen wir selbst. (Leider oft der Fall, D. B.) Zum Ankauf des Grundstückes für die Mädchenmittelschule von dem Gärtnereibesitzer Vertram macht der Magistrat den Vorschlag, nicht wie früher geplant, 50 Meter Länge, sondern das ganze 130 Meter lange Terrain anzukaufen. Der Preis entiedrigt sich hierdurch um 25 Pfg. auf 5,25 Mark pro Quadratmeter. Die Gesamtsumme würde von 55 000 auf 90 000 Mark steigen. Der Antrag fand Annahme. Ueber eine Eingabe der Bürgerchaft, das Haus Weberstraße 10 abzubrechen und die Deichstraße nach der Westpromenade zu verlängern, fand wegen ungenügender Unterstützung keine Besprechung statt. In der geheimen Sitzung wurde den Unterbeamten anfangs im November beschlossene Teuerungszulage eine Erhöhung des Gehalts um 100 Mark gewährt, desgleichen wird das Anfangsgehalt um 100 Mark erhöht. An den Endgehalten wird nichts geändert. (Hoffentlich verzichtet man bei den hiesigen Arbeitern in gleicher Weise.) Eine Anregung des Stadtb. Langenbeck, auch eine Gehaltsauf-

besserung der Bureaubeamten vorzunehmen, wird dem Magistrat als Material überwiesen. Vor Beginn der geheimen Sitzung erhielt Genosse Daniel das Wort zur Begründung der Anfrage unserer Genossen: „Welche Erfahrungen hat der Magistrat beim Verkauf des ausländischen Fleisches gemacht?“ Redner betont, daß das Verschwinden des Magistrate, ausländisches billiges Fleisch einzuführen, eine gewisse Freude hervorgerufen habe. Die Bekanntmachung war aber nicht hinreichend und die Verkaufsstelle zu weit entlegen. Oberbürgermeister Dr. Schöge: Wir haben circa 40 Zentner bestes Fleisch bezogen. Die Qualität ist ganz vorzüglich. Die Fleischermeister hatten versprochen, nach Martini eine Preisherabsetzung eintreten zu lassen. Das trat jedoch nicht ein. Der Magistrat sah sich deshalb zum Bezug ausländischen Fleisches veranlaßt. Die Fleischermeister haben es abgelehnt, das Fleisch in ihren Läden zu verkaufen, darum mußte im Schlachthaus der Verkauf vorgenommen werden. Genosse Daniel betont, daß die Fleischermeister sich durch diese Handlung nur selbst schädigen. Sie ließen den Agrarier Material. Stadtb. Knabenbuch: Auch der Beamtenverein hat billiges Fleisch bezogen und noch billiger als der Magistrat verkauft. Damit sei bewiesen, daß die Fleischermeister geradezu unverhältnismäßig Preise für ihre Ware forderten. Es müsse den Leuten ganz deutlich gesagt werden, daß es so nicht weitergehen könne.

Taugermünde, 4. Dezember. (Mord.) Der 50jährige frühere Briefträger Karl Storbek wurde ermordet aufgefunden; unter dem Verdacht der Täterschaft wurden seine eigne Frau und sein Sohn verhaftet.

Vereins-Kalender.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Alte Neustadt. Freitag den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung der Obmänner und Kassierer bei Karbe, Ottenbergstraße 13. 280

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Am Freitag den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Lemsdorf bei Gajar; am Sonnabend den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Groß-Ottersleben bei der Witwe Strumpf; Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“; Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“; Bezirk Magdeburg-Mühlberg bei Lichteck; Bezirk Salze bei Barials; Bezirk Weikerhüfen bei Paulmann; Bezirk Fernerleben bei Stiller; Branche der Graveure im „Sachjenhof“; Branche der Elektromonteur bei Grundow, Bahnhofstraße 15; am Sonntag den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Bezirk Beyendorf-Sohlen. Die Verwaltung.

Deutscher Sanarbeiter-Verband, Zählstelle Magdeburg. Am Dienstag den 10. Dezember, abends 8 Uhr, Versammlung im „Sachjenhof“, Große Storkstraße 7. Näheres noch durch Inserat. 278

Gewerbegerichtsbekanntmachung. Dienstag den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Böhm, Kleine Klosterstraße 15/16.

Freie Vereinigung der Musikvereine von Magdeburg und Umgegend. Versammlung am Sonntag den 8. Dezember im Restaurant Barials in Salze-Weikerhüfen. 1988

Männer-Gesangverein Fortwärts, Alte Neustadt. Nebenstunde jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr bei Bindstedt, Lindenstraße 36.

Arbeiter-Radfahrerverein Solidarität. Vereine Magdeburg, Groß- und Klein-Ottersleben, Bennedendorf, Lemsdorf, Dörsdorf, Dörsdorf, Fernerleben und Weikerhüfen, Cracau und Weiker sowie alle Bundesvereine der Umgegend von Magdeburg. Gemeinschaftliche Versammlung am Montag den 9. Dezember, abends 8 Uhr, in Friedrichstraße, Leipziger Straße. Näheres noch durch Inserat. Der Bauvorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Magdeburg, Alt. Sudan. Nebenstunde jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr bei Bindstedt, Lindenstraße 36.

Alte Neustädter Radfahrerverein Panzer. Jeden Donnerstag Nebenstunde bei Bindstedt.

Schwimmverein Gibe. Nebenstunde: für Männer von 8 bis 9 1/2 Uhr, für Damen von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr jeden Donnerstag abends im Umkleekabinett.

Atleten-Verband von Magdeburg und Umgegend. Sonntag den 8. Dezember, nachmittags 11 Uhr, Vorstandssitzung und Vorstandssitzung im Restaurant von Eis in Fernerleben.

Cracau. Freie Turnerschaft. Sonnabend den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Kreitenbaum.

Alt-Ottersleben. Arbeitergesangverein Raientlust. Freitag den 6. d. M., abends 8 Uhr, Ständchenfangen.

Burg. Musikverein Pyra. Jeden Donnerstag von 1/2 bis 8 1/2 Uhr Nebenstunde im Gasthof zur Krone.

Burg. Radfahrer-Verein Falke. Die Versammlung findet nicht am 5., sondern am 12. Dezember im „Grand Salon“ statt.

Halberstadt. Gewerkschaftskarteil. Donnerstag, 5. Dezember, Sitzung mit Gewerkschaftsvorständen im Gewerkschaftshaus. 1988

Aus dem Geschäftsverkehr.

Gilouffan No. 26541.

... **Carlswander Malzbräu** signalisiert sich besonders für **Biertrinker** als **Zusatz zum Bier.**

See Gefäß macht 5/1

Reichs-Petroleum-Monopol.

Wer ist dagegen und wer ist dafür?

1. Der **Konsument** ist **dagegen**, denn er ist mit den bisher für Petroleum geforderten Preisen erwiesenermaßen durchaus zufrieden.
2. Der **Händler** ist **dagegen**, denn, wie uns nahezu 150 000 Händler im Deutschen Reich schriftlich bestätigt haben, wünschen sie keine Aenderung der bestehenden Verhältnisse.
3. Der **Kannenhändler** ist **dagegen**, denn er befürchtet von dem Monopol seinen geschäftlichen Ruin.
4. Viele Tausende von **Angestellten, Kutschern und Arbeitern, Agenten und Verreibern** der jetzigen Gesellschaften sind **dagegen**, denn sie befürchten den Verlust ihrer Existenz.
5. Sämtliche **Importgesellschaften**, mit Ausnahme des Konzerns der Deutschen Bank, sind **dagegen**, denn abgesehen von den ihnen drohenden pekuniären Nachteilen sind sie überzeugt, dass das Monopol ein Fehlschlag sein wird.
6. Die **Vertreter der Hansestädte im Bundesrat**, die überwiegende Mehrzahl der **Handelskammern** und zahlreiche sonstige **kaufmännische Korporationen**, also gerade diejenigen Organe, die am besten ein kompetentes Urteil sich bilden können, sind **dagegen**, denn sie glauben nicht an die Durchführbarkeit des Monopols.

Also wer bleibt dafür? **Nur die Deutsche Bank** und die ihr gehörenden Gesellschaften.

Lohnt sich dafür wirklich das mit dem Monopol verbundene Risiko, die damit verknüpften enormen Umwälzungen der bestehenden Verhältnisse und die zweifelloso Belastung des deutschen Volkes?

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.



Porträt-Vergrößerungen
Semi-Emaille-Schmucksachen
(Broschen, Anhänger, Manschettenknöpfe usw.)
nach jeder Photographie liefert preiswert die
Photographische Kunstanstalt
Hermann Sanne, Magdeburg
Stephansbrücke 20 - Fernsprecher 3225
Kein Laden! Vertreter stets überall gesucht. Erste Etage!

Essen Sie gern wirklich guten Käse

Käse

zu empfehlen Sie bitte meine
Zusatzstoffe
Landkäse
Stück 5 und 10 Pf.
Korbkäse zu 20 Pf.
Harzer zu Stück 10 Pf.
Die Käse sind jetzt ganz vorzüglich.

Stets frische
Molkerei-Butter 75 Pf.
5 Prozent Rabattmarken 5

Olvenstedter Str. 47
Ede Friesenstraße.

Gesundheits-Nährmittel
Kauf man billig bei
Roth, Ankerstraße 11, 12
Ede Magdeburgerstr. 32a

Konsumverein Groß-Ottersleben

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz pro 30. September 1912.

Aktiva.	Passiva.
1. Barbestand der Kasse 1 997.92	1. Reservefonds-Konto 11 090.61
2. Barbestand der Beschaffen 140.—	2. Dispositionsfonds-Konto 3 175.11
3. Bankguthaben 34 220.40	3. Geschäftsguthaben der Mitglieder 20 251.41
4. Bestand an Material pp. Wazzen 18 142.62	4. Guthaben früherer Mitglieder 1 470.—
5. Bestand an Waren/Lebensmitteln 13 986.88	5. Kautionen 2 594.41
6. Bestand an Brennmaterialien 797.17	6. Sparkasten-Konto 53 748.53
7. Bestand an Futtermitteln 333.—	7. Lieferanten-Konto 1 862.41
8. Inventar-Konto 3 634.—	8. Rabatt-Konto 22 981.06
9. Gasmotor 1.—	
10. Elektrische Lichtanlage 615.—	
11. Schrotmühle 797.—	
12. Grundstück 28 729.—	
13. Drei Pferde 2 261.—	
14. Anteil bei der G.-G. 1 172.10	
Summa 106 827.09	Summa 106 827.09
Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Geschäftsjahrs 813	
Neu eingetreten sind 104	
Summa 917	
Ausgeschlossen und verstorben 62	
Bestand am Schlusse des Geschäftsjahrs 855	
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betragen am 1. Oktober 1911 18 639.63	
sie vermehrten sich um 1 644.85	
und betragen am Schlusse des Geschäftsjahrs 20 284.48	
Die Gesamtsumme betrug am Anfang des Geschäftsjahrs 22 520.00	
sie vermehrten sich um 1 696.00	
und betrug am Schlusse des Geschäftsjahrs 24 216.00	

Der Vorstand.
Br. Rammier. Andr. Niemann. Wilh. Helmemann.

Jeden Sonntag
Burg
Franz Walter,
Zentraler Straße 18.

Photographische
Bedarfsartikel
Apparate
preiswert
im
Spezialgeschäft
Lödischehofstraße 7.

Jeden Sonntag
Burg
Franz Walter,
Zentraler Straße 18.

Gründen
von
3.50
Kasson
billig.
Schneider, Apfelstr. 13.

Gebr. Möbel
aller Art außer billig
Möbel-Börse
Fr. Wilhelm
Kunzeplatz 71/75.

3. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 284.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Dezember 1912.

23. Jahrgang.

Das Kaiserhoch im Reichstag.

Beitrag zur Diskussion.

Unter obiger Ueberschrift veröffentlichte der Genosse Landsberg in der „Volksstimme“ vom 17. November einen Aufsatz über die Frage, ob es im Ansehen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie im Interesse der gesamten sozialistischen Bewegung geboten erscheint, dem im Reichstag üblichen Kaiserhoch stehend beizuwohnen, oder unter Protest gegen jede monarchische Huldbildung den Saal zu verlassen. Diese durchaus wichtige Frage, die durch den „Fall Landsberg“ gerade für uns Magdeburger Sozialdemokraten ein besonderes Interesse erwecken dürfte, sollte eigentlich eine recht lebhaft debattiert unter den Parteigenossen herbeizuführen und nicht, wie es scheint, ohne Widerspruch hingenommen werden. Grund und Ursache dieser Schweigenspolitik, das Einnehmen einer Ansicht, obgleich sie nicht mit den Anschauungen und Gefühlen übereinstimmt, die weite parteigenössige Kreise beherrschen, wird vielleicht erklärlich in der Voraussetzung, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichsparlaments den Antrag des Genossen Landsberg ablehnen wird. Gegen die Auffassung, daß die Magdeburger Parteigenossen in dieser Frage hinter ihrem Abgeordneten stehen, indem sie durch ihr Schweigen ihre Zustimmung geben, mögen sich folgende Zeilen wenden.

Zu der Einführung betonte Genosse Landsberg die selbstverständliche republikanische Staatsform der sozialistischen Gesellschaft und fordert daher das Verbot ihrer Anhänger, sich an Kundgebungen für die Monarchie zu beteiligen. Das mit Recht. Aber gerade deswegen ist das Fernhalten und Enternen von jeder monarchischen Huldbildung zu fordern, aber nicht nur zu fordern, sondern das eigne Gefühl als Ergebnis der republikanischen Anschauung müßte es gebieten, wo es irgend nur möglich ist, Kundgebungen solcher Art zu vermeiden. Wie weit geht nun die Rücksicht auf Empfindungen der Mitmenschen als politische Gegner, die für Landsberg eins der stärksten Motive bildet? Die überzeugten Anhänger der monarchisch-kapitalistischen Gesellschaft fühlen sich verletzt, wenn Sozialdemokraten bei einem Kaiserhoch zusehen, sie fühlen sich feiner verletzt, wenn diese protestierend den Saal verlassen, aber sie sind rücksichtslos genug, immer und immer wieder zu huldbilden, wo sie wissen, daß dieses einem Sozialdemokraten peinlich ist und als unwürdig empfunden wird. Diese Rücksichtnahme auf Gefühle anderer ist einseitig, erweckt den Glauben der Schwäche und wird von den bürgerlichen Parteien gegen über der Sozialdemokratie nicht angewandt. Von der Genossenschaft zur Huldbildung ist die bürgerliche Mehrheit des Reichstags bis heute nicht abgewichen, obgleich ihre Gegner annähernd ein Drittel der Abgeordneten bilden. Wie würde man es uns Sozialdemokraten unannehmlich, von Gesandtschaften und Lakonien reden, wenn im schwarzburg-rudolstädtschen Landtag, wo wir die Mehrheit haben und selbst das Präsidium bilden, die Sitzungen mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Partei oder den Sozialismus eröffneten? Würden wir so etwas der bürgerlichen Mehrheit, die hergekommen ist, praktische Arbeit im Interesse des Gesamtwohls zu liefern, zumuten? Das Recht auf Respektierung seiner Anschauungen hat nur derjenige, der andern das gleiche Recht einräumt. Daher darf die Rücksicht auf die Gefühle der Mitmenschen in dieser Frage nicht bestimmend sein.

Uns Sozialdemokraten wird es unmöglich gemacht, die schärfsten Angriffe von höchster Stelle gegen die Arbeiterbewegung und ihre Führer mit gleicher Schärfe zurückzuweisen, selbst das Parlament duldet eine Kritik des Monarchen nicht, um so entschiedener und energischer müßten wir ein Kaiserhoch, das eine Herausforderung unserer heiligsten Ehrgefühle bedeutet, ablehnen. Der wirksamste Protest ist das demonstrative Verlassen des Saales. Warum kann sich eine Fraktion von 110 Abgeordneten nicht das gleiche gestatten, was 30 oder 40 Abgeordnete erlaubt ist? Meines Erachtens entzog sich die frühere und kleinere sozialdemokratische Fraktion des Reichstags dem Kaiserhoch nicht nur aus dem Grunde, in eine peinliche und unangenehme Situation zu geraten, sondern vor allem um zu protestieren gegen die monarchische Staatsform,

die für uns nichts Verehrungswürdiges besitzt, und soll dieser Protest kein größerer und wirkungsvoller sein, wenn 110 Mann entrückt und geschlossen den Saal verlassen? Welche moralische Wirkung muß diese Massentat auf die Dauer selbst auf bürgerliche Vertreter ausüben? Mit Stolz und Genugtuung wird jeder Parteigenosse dieses Verhalten unserer Vertreter begrüßen. Welchen getakteten Eindruck erweckt ein ein Berliner Reichstagsparlament, als sämtliche Verteidiger den Versuch des Vorsitzenden, ihnen die Verteidigung zu beschneiden, also gegen ihre Ueberzeugung zu handeln, geschlossen und protestierend den Saal verlassen. Eine aufwallende Entrüstung wirkt weit mächtiger und stolzer und die Geiste weit würdiger, als wenn man sich trumm und ergeben in das Unabänderliche fügt. Wir sind stark genug, wir haben ein Recht auf Achtung und Beachtung auch unserer Gefühle und werden nicht aufhören zu protestieren, bis man unsern Empfindungen durch das Vermeiden eines Kaiserhochs im Reichstag Rechnung trägt. Unsere Abgeordneten sollen mehr Männer und weniger Diplomaten sein, die Selbstachtung und die Achtung unserer politischen Gegner werden wir durch dieses Verhalten sicher nicht verletzten. Betonte nicht gerade Landsberg in mehreren Wahlversammlungen seine Achtung vor den Männern vom „Bunde der Landwirte“, die ebenso ungeschminkt wie energisch ihre Forderungen stellen und verlangen? Sollten wir nicht dieselbe Energie an den Tag legen? Die Staatsgewalt zwingt uns zur Eidesformel, die unsern Gewissen und unsern Anschauungen entgegensteht, sie zwingt den sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag, einen Treueid zu leisten, der die demütigsten Wendungen enthält, aber wer zwingt einen Reichstagsabgeordneten, zu Ehren des Monarchen und der Monarchie sich von seinem Platze zu erheben? Ist es schon Geschmacksache, als Sozialdemokrat den heiligen Monarchen eine persönliche Mitteilung zu überbringen — und sicher werden sich nicht viele Genossen hierzu finden —, so ist doch der Vorteil, den die Sozialdemokraten und das deutsche Volk durch diese Tat in Form eines freien Präsidiums im Reichstag erlangen kann, ein sehr bedeutender, daß selbst eine unangenehme Handlung reichlich aufgewogen wird. Welchen Zweck und Vorteil erstrebt man durch die Gegenwart bei einem Kaiserhoch, welcher Nutzen ergibt sich für die Arbeiterklasse?

In seinen Ausführungen kritisiert der Genosse Landsberg das Verhalten unserer in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung tätigen Genossen, die an der Reise einer Abordnung der Berliner Stadtverordneten nach London, die vor einigen Jahren stattfand, sich beteiligten, aus Furcht vor einem Kaiserhoch es aber ablehnten, sich an einer Studienreise nach Wien zu beteiligen, obwohl sie selbst zugeben müßten, daß die Befichtigung derartiger kommunaler Einrichtungen lehrreich und belehrend ist. Man kann nicht annehmen, daß nur Laune unsere Genossen abzieht, Wien zu besuchen, oder meint man, das Bewußtsein, genug gelernt zu haben, wäre für diesen Entschluß maßgebend gewesen? Durchaus nicht, die Mission war sicherlich als Orientierungsvorhaben gedacht, doch ihren Charakter als solche verlor sie, als das gottbegnadete Königtum von ihrer Gegenwart Kenntnis nahm und bizanzantische Huldbildungen, die sicher nichts mit der Kommunalpolitik zu tun haben, als notwendige Begleiterscheinungen sich bemerkbar machten. Sollten unsere Genossen diese Missionen als Freude empfinden? Eine solche Reise macht man nur einmal mit und nicht wieder, und diese Schreckhaftigkeit ist durchaus verständlich, sogar notwendig. Wohin würde es führen, wenn man unsere Genossen als Karikaturen auf dem Welttheater gebrauchen wollte, zum Spott und zur Erheiterung der bürgerlichen Klasse?

Das Bedürfnis nach einer Teilnahme an einem Kaiserhoch und auch die Gegenwart bei einem solchen ist Gefühlsache, und Gefühle lassen sich zwar unterdrücken, aber nicht beseitigen. Hat der Genosse Landsberg das Bedürfnis, ein Kaiserhoch mit anzuhören allerdings nur aus Rücksicht auf den Mitmenschen, so dürfte man ihn eigentlich nicht zwingen, aber das Interesse der deutschen und internationalen Sozialdemokraten erheischt es, geschlossen zu handeln. Beschließt die Fraktion, daß die alte Gepflogenheit, bei einem Kaiserhoch demonstrativ den Saal zu verlassen, auch fernerhin geübt wird, so wird sich auch der Genosse Landsberg fügen müssen, und als guter Demokrat wird er es tun. Paul Bach.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 2. Dezember 1912.

Vorsitzender: Gerichtsassessor Neuschäfer. Beisitzer der Arbeitgeber: Kaufmann Schlick und Buchdruckereibesitzer Wohlfeld; Beisitzer der Arbeitnehmer: Maurer Lange und Schriftfeger Brundert.

Vorenthaltener Lohn. Der Kupferschmied K. klagte gegen die Deutsche Landwirtschafts-Industrie hier auf Zahlung von 227 Mark rückständigen Lohnes und 66 Mark Lohnentschädigung wegen kündigungsjahriger Entlassung. Der Vertreter der Beklagten beantragte Abweisung der Klage, weil der Kläger durch schlechte Arbeit und schlechtes Betragen Grund zu sofortiger Entlassung gegeben hätte. Infolge der vorzeitigen Entlassung hat die Arbeit nicht rechtzeitig fertiggestellt werden können und deshalb hat die Beklagte eine Konventionalstrafe in Höhe von 200 Mark an den Gutsherrn Frank in Maxim (Pözen) zahlen müssen. Außerdem seien die Entschädigungsansprüche des Klägers unberechtigt, weil er ohne kündigungsjährige Angenommen worden sei. Der Kläger bestritt, schlecht gearbeitet zu haben. Das schlechte Betragen bestände darin, daß er sich über die miserable Beschäftigung, die die Monteurs bei dem Gutsherrn erhielten, beschwerte. Die geforderte kündigungsjährige Entschädigung müßte Platz greifen, weil er für vier Monaten von der Beklagten angenommen worden sei, wovon noch nicht eine voll ausgeführt wäre. Da die Sache ohne Vernehmung des Gutsherrn nicht genügend geklärt werden konnte, rief der Vorsitzende zum Vergleich, den die Parteien auch schließlich annahmen. Die Beklagte verpflichtete sich, 150 Mark an den Kläger zu zahlen und dieser ließ seine Mehrforderung fallen.

Wegen Vertragsbruch hat die Firma Bergmann, Mammelberg u. Heide dem Arbeiter R. aus Kalbe a. d. S., der in ihrer dortigen chemischen Fabrik beschäftigt war, den verdienten Lohn in Höhe von 19,50 Mark vorenthalten; dieshalb klagte R. auf dem hiesigen Gewerbegericht. Er bestritt, sich vertragsbrüchig gemacht zu haben. Eines Tages war ihm vom Meister Wolf aufgegeben worden, Kleinfäden zu waschen. Da er sich an dem Tage unwohl fühlte und weil die Arbeit gesundheits-schädlich sei, habe er sich geweigert, sie auszuführen, daraufhin sei er vom Meister nach Hause geschickt worden. Am nächsten Tage habe er wieder weiterarbeiten wollen, aber man sagte ihm, daß er entlassen sei. Demgegenüber führte der Vertreter der Beklagten aus, daß der Kläger selbst aufgehört hätte, darum sei die Einbehaltung des Lohnes unter Bezug auf § 8 der Arbeitsordnung berechtigt. Die Darstellung der Beklagten wurde durch Vernehmung des Meisters Otto bestätigt. Daraufhin fällt das Gericht nachstehendes Urteil: Die Beklagte wird verurteilt, 19,50 Mark an den Kläger zu zahlen und der Kläger wird verurteilt, 19,50 Mark an die Beklagte zu zahlen. Die Kosten des Rechtsstreites haben die Parteien zur Hälfte zu tragen.

Voreilig. Der Dampfplugarbeiter B. klagte gegen den Dampfplugarbeiter Klauer hier auf Zahlung von rückständigem Lohn und wegen kündigungsjahriger Entlassung auf Zahlung von Lohnentschädigung in Gesamthöhe von 226,20 Mark. Der Kläger war am 19. Oktober vom Maschinenmeister in Döbnitz entlassen worden, angeblich weil er sich zu der Arbeit nicht qualifiziert. Nach Angabe des Beklagten war aber der Meister zur Entlassung nicht berechtigt. Der Kläger hätte sich deshalb, bevor er die Arbeitsstelle verließ, an ihn — den Beklagten — wenden müssen, dann wäre er eventuell an einem andern Dampfplugarbeiter beschäftigt worden; deswegen seien die Entschädigungsansprüche des Klägers unberechtigt. Einen Teil des rückständigen Lohnes nach Abzug von Vorschüssen und Beiträgen zur Kranken- und Invalidenversicherung wäre er bereit zu zahlen. Einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden auf 100 Mark nahmen

Sinnerk, der Knecht.

Roman von Bruno Wagener.

(20. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Aber, Mutter, sie hat die Lieve schlecht behandelt, hat sie getriezt und an ihr herumgörgelt, bis sie es nicht mehr aushalten konnte — und nun soll ich bei ihr Großknecht werden, ihr Brot essen? Nein, es geht wirklich nicht. Sie fürde schon einen andern Platz!“ Sinnerk ging langsam, in Ueberlegung versunken, in der kleinen Stube auf und ab, während Frau Meyer am Fenster den Kaffeetisch deckte. Jetzt strich sie das blaue, weiß geblühte und an vielen Stellen notdürftig geflickte Tischwand glatt und sagte dabei, ohne zu dem Sohn aufzusehen: „Ach was, Brot ist Brot, einerlei, wo man's hernimmt. Und die Siemerschische soll Dir's ja auch nicht schenken. Die Wirtschaft sollst Du sehen auf dem Hofe. Drummer und drüber geht's. Bezieht die Frau den Knecht oder der Magd, was sie nun sollen — kann hat sie den Rücken gedreht, so kommt die Alte und stellt alles auf den Kopf. Und die Leute wissen nicht, wenn sie gehorchen sollen, und einem können sie doch bloß gehorchen! Wenn da einer hinkäme, der den Alten die Zähne wie sie — na, ich will nichts gesagt haben, um Gottes willen nichts gesagt haben! Denn, was Brot ich esse, des Lied ich singe.“

Sinnerk blieb stehen. „Was Brot ich esse — ja, hast Du denn mit den Alten zu tun?“ — „Hat Dir das die Lieve nicht geschrieben? Jede Woche gehe ich dreimal hin und mache ihnen, was so an grober Arbeit ist; dafür bekomme ich Essen und einen Groschen den Tag — wenig genug ist's, aber die alte Knechtin ist ein Geizhaken.“

Sie stellte drei große, an den Rändern ausgezogene Steinguttassen auf den Tisch und schüttete den gemahlenen Kaffee, den ihr Sinnerk mitgebracht hatte, in den Leinwandbeutel, während das Wasser über dem Feuer im Kochen seine leise Melodie sang. „Nun könnte die Lieve aber bald kommen.“ sagte sie vor sich hin. „Ihre Herrschaft will ihr den ganzen Nachmittag freigegeben. Hat die es gut bei den Volkhardts! Und wie fein sie angezogen geht — wie eine Dame. Und Deutsch muß sie sprechen, gar kein Platt. Und malen hat der Herr Volkhardt sie wollen, aber das dumme Mädchen hat gesagt, das tue sie nicht, das tue sie partout nicht. Und da hat der Herr gelacht und gesagt, er wolle den Sinnerk fragen, ob der's erlaube — hast Du gehört Sinnerk? Dich will er fragen, ob Du's auch erlaubst?“

Sie lachte, daß ihr der Kopf wackelte. Er sah sie lächelnd an und streichelte ihr lieblos den Rücken. „Ich bin der Lieve so dankbar, daß sie ab und zu nach Dir geihen hat.“ — „Und mitgebracht hat sie mir was — fast jedesmal, wenn sie nun Besuch kam. Nicht etwa so, wie die Mädchen das wohl manchmal machen, so aus der Speisekammer von den Herrschaften — weißt Du, so heimlich, daß sie nichts merken. Nein, keine Rede! Eingepackt hat ihr's die Volkhardt, die Madam mein ich — und einen Gruß hat sie befehlen müssen. Und wenn ich was brauchte, sollt ich's nur jagen. Ach, die Lieve hat's gut — wie im Himmel!“

Sinnerk sah ernst drein. „Dann wird sie wohl dafür danken, meine Frau zu werden. So gut kann ich's ihr nicht bieten. Wie eine Dame kann sie sich nicht anziehen, wenn wir als Tagelöhnerfamilie in der Arbeiterkate wohnen. Ob ihr das noch passen wird?“ Er schüttelte zweifelnd den Kopf.

„Sinnerk, Sinnerk, was bist Du für'n dummer Kerl!“ sagte die Mutter und stieß ihn passend mit der Hand in die Seite. „Ob der Lieve das passen wird? Sie will ja gar nichts Besseres. In einem fort spricht sie von Dir — Sinnerk hier und Sinnerk da. Und Geld hat sie sich gepart, und gar nicht hochmütig ist sie geworden in der feinen Stellung. Na, Du wirst es ja sehen.“

Er setzte sein unruhiges Aufwindabgehen fort. Na, selbst sehen mußte er. Von dem, was die Mutter erzählte, durfte man immer nur die Hälfte glauben. Das wußte er von früher her, sie übertrieb im Guten wie im Bösen. Wie hatte sie doch damals gelehnet, als sie gestohlen hatte, beide Male — Stein und Bein hatte sie geschworen, daß sie un-schuldig sei, und nachher war's doch wahr gemeien. So würde es wohl auch jetzt sein. Die Volkhardts würden sich wohl hüten, der Alten, die sie gar nicht kannten, die schönen Sachen zu schicken. Wie sollten sie dazu kommen? Um der Lieve willen oder gar seinerwegen? Wer das glaubte! Und doch wurde ihm unbehaglich bei dem, was die Mutter ihm von der Lieve erzählt hatte. Fein und zart war sie schon und nun vielleicht noch verwöhnt wie eine Stadtdame. Da würde sie schlecht aufs Dorf passen. Mit sorgenvoller Miene war er in der offenen Tür stehengeblieben und blickte ins Freie hinaus.

Da kam jemand die Dorfstraße entlang — mit fröhlichen Schritten. Eine schlankes Mädchenlein war es, schlank und nett. Die schlanken Füße blickten unter dem ein-sachen und doch hübschen blauen Rock in feinen schwarzen Hiefeln hervor und griffen munter aus. Ein kurzes schwarzes Jackett umschloß den Oberkörper; fast elegant

konnte man es nennen, wenn es auch billig sein mochte. Auf dem blonden Haare, das leicht gewellt sich über der Stirn schichtete, saß ein dunkelblauer Filzhut mit einer einfachen Feder. Und unter dem Hute guckte ein reizendes Gesicht hervor, aus dem ein Paar blauer Augen wie große Beilchen herausschauten. Ein liebliches Rot überzog die zartgerundeten Wangen, und ein verchämtes Lächeln schwebte über den rosigen Lippen, als das junge Mädchen erkannte, wer in der Tür der Kate stand. Ihr Schritt schien einen Augenblick zu stocken; dann aber beschleunigte sie ihn noch mehr. Und nun erblickte auch Sinnerk die Herannahende. Es war fast, als wäre er erschrocken. Was das nicht — ja, wahrhaftig, er irrte sich nicht, das war Lieve Knechtin.

Er sah ihr in sprachlosem Erstannen entgegen. Da sie nun vor ihm stand und ihm die Hand bot, hätte er fast vergessen, diese zu ergreifen. Vor seinem verwundert auf sie gerichteten Blicke senkte Lieve Knechtin verchämt die Augen. Da sagte er, wie von einem Banne gelöst: „Du bist's wirklich, Lieve! Kaum hätte ich Dich wiedererkannt, so sehr hast Du Dich verändert.“

Sie standen Hand in Hand und blickten sich schweigend an. Dann kam es — wie unbewußt — von seinen Lippen: „Wie Du schön geworden bist, Lieve!“ — Da war der Zauber gebrochen. Mit einem hellen Lachen — wie Verchämterler so fröhlich — sah Lieve ihm ins Gesicht! „Aha! Hast Du das bei den Soldaten gelernt?“

Das kam so urwüchsig heraus, so ganz ohne Hierei und Schöntuerei, daß auch er lachen mußte. „Nein, Lieve, was wahr ist, muß wahr bleiben. Du bist gewachsen in den drei Jahren und siehst so verständig aus — gar nicht mehr wie die kleine Lieve, die auf der Lieve saß und sich im Dunkeln graulte!“

Da senkte sie bestürzt das Köpfchen. „Wenn ich so anders geworden bin, dann magst Du mich gewiß auch gar nicht mehr leiden.“ — Sie fühlte sich plötzlich von seinen Armen umfaßt und an seine Brust gezogen. Da borg sie ihre glühende Wange an seiner Schulter und hörte mit uniger Seligkeit, wie er leise sagte: „Du süße, liebe, kleine Lieve.“

Er gab sie frei und zog sie in die Stube. „Mutter, unsere Lieve ist da.“ rief er jubelnd. Die aber riß sich los von seiner Hand und warf sich in überströmendem Glücke der alten Frau an den Hals, und heiße Tränen der Freude rannen über ihre Wangen.

(Fortsetzung folgt.)

die Parteien schließlich an und der Beklagte zahlte den Betrag sofort an Gerichtsstelle.

Unüberlegt. Der Installateur J. hatte für die Firma Viehau eine Montage bei der Firma Wehge u. Jordan auszuführen. Nach Fertigstellung der Anlage ließ J. das Reservoir voll Wasser laufen, obwohl ihm ein Maurer warnte, da er — der Maurer — mit seiner Arbeit noch nicht fertig war. Das Wasser drang durch die undichte Stelle und verdrängte Schokolade im Wert von 31,70 Mark; die Hälfte des Betrags wurde dem J. vom Bohne gefügt. J. war hiermit nicht einverstanden, da nach seiner Darstellung ihm ein Verschulden an dem Schaden nicht trafe, weil er sich vorher vom Schokoladenmeister Erlaubnis zum Probieren der Anlage geholt hätte. Deswegen klagte er auf Zahlung des verdienstlichen Lohnes in Höhe von 35,52 Mark. Der Vorsitzende rief zum Vergleich und der Vertreter der Beklagten war auch bereit, noch 20 Mark zu zahlen. Trotz Zuredens des Gerichts lehnte J. aber den Vergleich ab und darauf verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Kläger wird verurteilt, 31,70 Mark an die Beklagte zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Reibetrag von 3,82 Mark wurde ihm gezahlt.

Kleine Chronik.

Ein Kaplan als Massenbetrüger.

Die Augsburger Strafkammer verurteilte den 26jährigen ehemaligen Kaplan der katholischen Pfarrkirche St. Ulrich, Kempf, wegen 28 Fällen des versuchten und zehn des vollendeten Betrugs einschließlich dreier Verbrechen schwerer Privatankündigung zu einer Strafe von einem Jahr Gefängnis und erließ gegen den Angeklagten, der sich noch auf freiem Fuße befindet, einen Haftbefehl; der Staatsanwalt hatte nur 6 Monate beantragt. Der Angeklagte hat etwa 40.000 Mark unterschlagen, die er zum großen Teile von Antsbrüdern und älteren Frauen bekommen hatte. Kempf wickelte sich als Kunstmäzen auf, obwohl er nur ein Gehalt von nicht ganz 150 Mark monatlich hatte, sicherte er einer angehenden Sängerin verträglich monatlich 150 Mark Unterstützung zu, damit sie sich ausbilden lassen könnte (die ihr zugewandene Summe beträgt allein 3000 Mark), auch machte er kostspielige Reisen. Die unterschlagenen Gelder sind durch den Vater des Kempf bis auf 16.100 Mark gedeckt worden. Kempf war übrigens im Februar in das geistliche Korrekthaus in Dillingen gebracht worden.

Ein Mieseprozeß.

Das Urteil in dem Mieseprozeß gegen Eyrer und Gnoschen, der seit dem 4. November die zweite Strafkammer des Landgerichts Leipzig beschäftigt und in dem 213 Zeugen vernommen worden sind, wurde am Dienstag mittag gesprochen. Es erhielten Eyrer und Reuberi je 10 Monate Gefängnis, 900 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust; Kermis 5 Monate Gefängnis, 750 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust, Rang 6 Monate Gefängnis, 600 Mark Geldstrafe und 2 Jahre Ehrverlust; Döring 3 Monate Gefängnis, 300 Mark Geldstrafe und 2 Jahre Ehrverlust. Keller wurde freigesprochen.

Schwerer Baumfall.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich am Dienstag nachmittag auf einem Neubau in Dortmund. Infolge Gerümpels stürzten vier Arbeiter aus der Höhe des fünften Stockwerks ab. Ein Dachdecker blieb auf der Stelle tot, zwei Maurer erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Ein Lehrling wurde weniger schwer verletzt.

Eine Liebestragödie.

Seit Montag abend ist die 15jährige Verkäuferin Olga Schütz aus Remel vermißt. Auf dem Kahn ihres Geliebten, des Schiffers Bentler aus Schlitten bei Lissa, wo sie sich abends aufgehalten hatte, wurde eine große Vintlade gefunden, außerdem führte eine Blutspur nach dem Schiff. Bentler, der gleichfalls vermißt wird, hat das Mädchen anscheinend geißelt, die Leiche ins Wasser geworfen und ist dann selbst nachgesprungen. Der Vater war mit der Verzeirung der beiden nicht einverstanden, bevor nicht Bentler seiner Militärpflicht genügt hätte.

Blutiger Familienstreit.

Ein blutiger Streit ereignete sich am Dienstag gegen abend in dem Köhler Hotel Central. Dort erschien in aufgeregtem Zustande der Förster Gierlich aus Marsbach und verlangte von der Frau des Hotelbesizers Schwarz die Herausgabe seines Enkelkinds, weil dieses angeblich in Gefahr sei. Die Frau Schwarz ließ weitgehen, doch der Förster ließ sich nicht abweisen; sie war in Gefahr. Der Förster ließ nach dem Saalbadhof, wo er aber von der Polizei verhaftet wurde. Die Tochter des Försters ist mit einem Sohn des Hotelbesizers verheiratet, und während einer Krankheit der Mutter war das Kind bei Frau Schwarz untergebracht.

Zigeuner Erbe der Gericht.

Das Schwurgericht Mainz hat am Dienstag den zigeunerischen Erben aus Michelau wegen Mordverrichtens an dem Gewerbetreibenden Meißel unter Zustimmung miteinander Handlung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte ist außer dieser Verurteilung mit seinem Bruder auch an der Ermordung eines Försters bei Mainz beteiligt.

Attentat gegen einen Eisenbahnzug.

Gegen einen Wagen dritter Klasse eines von Groß-Ranitz nach Wiener-Neustadt fahrenden Eisenbahnzugs wurde bei der Station Raasdorf geschossen. Die Kugel traf ein 15jähriges Mädchen in den Kopf, das sofort tot war. Die Gendarmerie fahndet nach den Tätern.

Verheerungen eines Zyklons.

Ueber den am 24. und 25. November über Nordwest-Madagaskar hingegangenen Zyklon wird weiter gemeldet: In Nosy Be wurden viele Schiffe und die Hafenanlagen schwer beschädigt. 20 Eingeborne sind in Nosy Be ums Leben gekommen. Die Umgebung von Nosy Be hat besonders stark gelitten. Zahlreiche Dörfer sind zerstört, die Ernten verloren. In Ambilo Be und Umgebung wurden über 1000 Hütten zerstört, die öffentlichen Gebäude sind eingestürzt. Die Ortsgaststätte mit 400 Sätten ist vollständig vom Erdboden verschwunden. Derselben Verheerungen hat der Zyklon in Diego und Antirané angerichtet, wo 80 Eingeborne umgekommen sind. Der gesamte Schaden wird auf 10 Millionen geschätzt.

Marktberichte.

Magdeburg, 3. Dezember. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verziehen sich für 1000 Hilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer und Sommer-felig, gut 193-197, mittel 185-190, gering bis 150 Mk. — Roggen inländischer ruhig, gut 187-170 Mk. — Gerste feine Chevalier-fest, gut 200-210 Mk., feinste über Notiz, feinste Langgerste gut 185-195 Mk., mittel 170-183 Mk., gering bis 150 Mk., ausländische Futtergerste fest, gut 182 bis 156 Mk. — Hafer inländischer fest, gut 178-190 Mk., mittel 165-175 Mk., gering bis 150 Mk. — Mais runder ruhig, gut 145-147 Mk. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 3. Dezember. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 410 Küder, und zwar 64 Ochsen, 69 Bullen, 277 Färsen und Kühe, 13 Ferkel, 281 Kälber, 154 Schafvieh etc., 2271 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: 1. Kinder, A. Ferkel: a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben ungezogen 59-58 Mk., b) vollfleischige, ausgewählte im Alter von 4 bis 7 Jahren 45-49 Mk., c) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 40-44 Mk., d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere 35-39 Mk. B. Bullen: a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts 49-52 Mk., b) vollfleischige jüngere 44-48 Mk., c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 38-48 Mk. C. Färsen und Kühe: a) vollfleischige ausgewählte Färsen höchsten Schlachtwerts 46-50 Mk., b) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 44-48 Mk., c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 39 bis 44 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 35-39 Mk., e) gering genährte Kühe und Färsen 30-34 Mk. D. Gering genährtes Jungvieh (Ferkel) 38-43 Mk. E. Kälber: a) Ferkelender feinsten Mast 50-55 Mk., b) feine Mastfärsen 62-70 Mk., c) mittlere Mast- und beste Saugfärsen 59-61 Mk., d) geringere Mast- und gute Saugfärsen 45-54 Mk., e) geringe Saugfärsen 37-44 Mk. III. Schafe. Stallmästschafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 45-47 Mk., b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 38-43 Mk., c) mäßig genährte Hammel und Zügel (Mastschafe) 30-34 Mk. IV. Schweine: a) Ferkelweine über 3 Zentner Lebendgewicht 69-70 Mk., Schlachtwert 56-58 Mk., b) vollfleischige von 240 bis 300 Pfd. Lebendgewicht 68-70 Mk., Schlachtwert 55-57 Mk., c) vollfleischige von 200 bis 240 Pfd. Lebendgewicht 65-68 Mk., Schlachtwert 53-55 Mk., d) vollfleischige Schweine von 160 bis 200 Pfd. Lebendgewicht 64-66 Mk., Schlachtwert 50-52 Mk., e) vollfleischige Schweine unter 160 Pfd. Lebendgewicht 60-62 Mk., Schlachtwert 47-49 Mk., f) untreue Säuen Lebendgewicht 62-65 Mk., Schlachtwert 48-53 Mk., g) geschlitzte über Lebendgewicht 58-62 Mk., Schlachtwert 47-53 Mk., Verkauf und Töten: Langlauf, Ueberhand: 100 Kinder, — Kälber, 55 Schafe, 100 Schweine. —

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jürgensdorf, GutsMuths, etc.), date (1. Dezbr., 2. Dezbr., 3. Dezbr.), and water level changes (e.g., +0.05, -0.21, -0.05). Includes a section for 'Mittel- und Zaale' and 'Milde Elbe'.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 3. Dezember. Aufgebote: Ingenieur Ernst Wäbe in Darmstadt, Anna Neß hier, Krankenschwester Gustav Schmidt mit Frau, Hofier, Elektrotechniker u. Kaufmann Wilh. Jörntner hier, Anna Marie Margarete Sophie Graulich in Frankfurt a. M., Schutzmann Hermann Delmann hier mit Emma Marie Dobe Waderleben, Arbeiter August Franz Karchert in Wolmirstedt, Ida Hermine Dahl hier, Fabrikarbeiter Richard Abel mit Frau, Mühlemann, Hotelbediener Ferd. Meinert mit Luise Schmidt, Siebert. Eheschließung: Antje Heinrich Stamer mit Maria Rinf. Geburten: Walter, S. des Schmieds Reinhold Herz, Heinz, S. des Kaufmanns Willi Jäge, Charlotte, T. des Kellners Franz Jeker, Walter, S. des Schneidermeisters Wilh. Kaufmann, Martha, T. des Arbeiters Robert Klüf, Anni, T. des Schlossers Herrn Kluge, Hildegard, T. des Verfr., Bevollmächtigten Gustav Starck, Ursula, T. des Kaufmanns Walter Hoberg, Erna, T. des Kellners Richard Vorstell. Todesfälle: Witte Sophie Mühlemann geb. Theeman 81 J. 5 M. 17 T., Steinfeiler-Juwelire Henna Zimmermann 76 J. 11 T., Fischer Rudolf Trippler, 51 J. 4 M. 19 T., Kaufmann Hermann König, 45 J. 6 M. 5 T., Elisabeth, T. des W. Otto Peters, 4 J. 11 M. 2 T., Heinz, S. des Arbeiters Friedrich, 2 M. 6 T. Sudenburg, 3. Dezember. Geburten: Werner, S. des Kaufmanns Max Mühl, Walter, S. des Eisenhüblers Otto Saffe, Elfriede, T. des Georg Jung, Margarete, T. des Boten Walter Hildebrand. Todesfall: Handelsmann Martin Claus, 38 J. 7 M. 22 T. Suckow, 3. Dezember. Aufgebot: Schuhmacher Wilhelm Richter mit Maria Schaf. Geburten: Heinz, S. des Mühlbauers Rob. Rogge, Hans, S. des Wägereibehalters Rud. Müller, Erka, des Wägereimeisters Emil Stadradl. Todesfall: Juwelier Ernst Zettel, 26 J. 11 M. 17 T. Neustadt, 3. Dezember. Aufgebote: Arbeiter Max Köhler hier mit Maria Schmidt in Langenbogen, Arbeiter Karl Vorhecher mit Frau Luise. Geburten: Friedrich, S. des Restaurateurs Friedrich Soppe, Karl, S. des Arb. Albert Sübner. W. Rothenfesc. Aufgebot: Arbeiter Ernst Böcklich mit Selma Gabler. Eheschließung: Hilfskassierer Hermann Mehl mit Marie Woche. Todesfälle: Edith Knobbe, 1 J. 10 M. 24 T., Gerlein, 3 M. 21 T. Neuhaldensleben. Aufgebot: Arbeiter Gustav Robert Heine mit Frau Sophie Laaf in Emden. Todesfälle: Buchhalterin Hedwig Reichle, 30 J. 8 M. 25 T., Margarete, T. des Turmwächters Otto Wolff, 11 J.

Advertisement for 'Unsere Marine' cigarettes. Features a large graphic of a ship and the text 'überzeugt von ihrer Güte!' and 'die kostliche 28 Cigarette'. Manufacturer: Georg A. Jasmatzki AG - Ges. Dresden, Größte deutsche Cigarettenfabrik.

Large advertisement for 'Patentbüro Peters' located at Prälatenstr. 29, Magdeburg. The ad lists various services and products including: Abzahlungsgeschäfte, Möbel, Betten, Polsterwaren, Kredit, Bücherei, Konditorei, Backwaren, Fleischerei, Kolonialwaren, Warenhäuser, Wild u. Geflügel, Burg, Färberei, Forderstedt, Groß-Teile, Aken a. E., Manufakturwaren, Obst u. Grünwaren, Uhren u. Goldwaren, Wolle u. Wollwaren, Friseur, Barbier, Haus- u. Küchengeräte, Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen, and a list of recommended suppliers like Orrowsky, Färberei, Stassfurt, S. & M. Grohn, Stendal, Bergbrauerei A.G., Thals a. H., Wanzleben, Wernigerode-Rassero, and Wolmirstedt.

Extra billige Verkaufszage

der **Butter-Großhandlung A. S. Völker**

Meine in den früheren Jahren vor Weihnachten veranstalteten **Ausnahme-Tage** für A. S. Völkers köpliche Butter-Erstmarken mit Beigabe von Tafel-Äpfeln sind meiner verehrlichen Kundschaft noch in guter Erinnerung, denn oftmals werden von dem Publikum diese Ausnahme-Tage in meinen Geschäften erwähnt und der Wunsch einer Wiederholung ausgedrückt. Wenn nun auch diese von Zeit zu Zeit veranstalteten Ausnahme-Tage für mich stets ein größeres Geldopfer bedeuten, so ist es mir doch eine Freude, meiner werthen Kundschaft öfter einmal einen außergewöhnlich vorteilhaften Einkauf zu bieten. Ich darf auch hoffen, daß viele neue Käufer von der billigen Offerte Gebrauch machen werden, welche dann, nachdem sie sich von der Vorzüglichkeit der jeweilig zum Verkauf kommenden Waren überzeugt haben, dauernde Kunden bleiben.

An folgenden 2 Ausnahme-Tagen **Mittwoch und Donnerstag** gelangen A. S. Völkers berühmte, vielfach preisgekrönte Elite-Margarine-Marken wie folgt zum Verkauf:

1 Pfund „Edelfern“ und 2 Pfund Tafel-Äpfel **105 Pf.**
ein Tafelbutter-Ertrag von erstaunlichem Feingeschmack

1 Pfund „Rahm-Pflanzenbutter Völkerruhm“ und 2 Pfund Tafel-Äpfel **95 Pf.**
ein köstlicher, vegetabilischer Tafelbutter-Ertrag aus nur edelsten Pflanzen resp. Früchten hergestellt, mit feinsten, süßer Sahne verbuttert.

1 Pfund „Westfalenkrone“ und 2 Pfund Tafel-Äpfel **90 Pf.**
eine allgemein beliebte, sehr feine Marke.

1 Pfund „Westfalenglanz“ und 2 Pfund Tafel-Äpfel **80 Pf.**
— von gutem Geschmack, der Landbutter ähnlich. — Auf alle Marken außerdem:

5% Rabatt und die üblichen Gutscheine.

Ab Freitag verstehen sich vorstehende Preise ohne Äpfelbeigabe.

Den verehrlichen Hausfrauen ist an den billigen Tagen Gelegenheit geboten, A. S. Völkers berühmte Butter-Erstmarken reichlich 40 Pf. das Pfund unter dem regulären Preis einzukaufen und lade ich zu recht fleißigem Besuch meiner Verkaufsstellen ganz ergebenst ein. 4786

A. S. Völker

Butter-Großhandlung. — 9 Verkaufsstellen:

- Sakobstraße 5; Breitenweg 252;
 - Sakobstraße 21; Buckau, Schönebender Straße 109a;
 - Gustav-Adolf-Straße 39; Cudenburg, Halberstädter Straße 41;
 - Grünearmstraße 9/10; Wilhelmstadt, Döbenstedter Straße 49a
- und Annastraße 40.

Billing Empfehle **Billing**
Prima Tafel-Schmalz
a Pfd. 90 Pf.
Pa. Mol- u. Leberwurst
a Pfd. 1 Mark
Prima Fleisch zum
braunen Kohl 5188
a Pfd. 1.00—1.10 Mt.
Otto Flöricke,
Halberstädter Straße 33.

500 Paar Stiefel
für Herren, Damen u. Kinder in ff. Qualität, Chevr. u. Bogcaß, darunter viele mod. Damen-Halbschuhe in schwarz, braun, rot, spottbill. Paar von 3.25 an einzeln zu verkaufen Breitenweg 24, G. Berlin. Str., gegenüber d. Konlib-Theater, im Spielwarengeschäft (kein Laden).

Weihnachts-Geschenke!
Keine Gefängnisarbeit!
Aus geregelten Betrieben!
Filzschuhe und Filzpanzstiefel für Herren, Damen und Kinder in allen Größen. Herren- und Damen-Hauschuhe, Filzschneelaststiefel, Kamelhaar-Schuhe empfiehlt zu soliden Preisen **Ida Böttcher, Ottenbergstr. 3.**

Teppiche
in sämtlichen Farben, darunter zurückgesetzte mit kleinen Webesehlern, fast für die Hälfte, schon von 9 Mark an. 6287 **Jakobstraße 17, 1. Et.**

Zeit gold. Damenuhr, mod. Gehäuse m. Blumen 14.50 Mt. Dreieckelstr. 1. 5388
6162 Großer Verkauf von **Belzstolos und Muffen**, neu, hochmod., alle Belzarten, nie wiederkehrt. Gelegen u. sehr billig zu verk. Damentstr. 2. 2. 1. r.

Garnituren, Sofas und Chaiselongues in bester Ausführung, unglücklich billig. **Wolfsbergstr. 17, G. r. 1. Et.**
Prachtvolles Gebett Betten 1.26.00 Mt. zu verk. Wandstr. 1. 11.

Hochzeits-Kleider
Kostime, einfache Kleider, wenig getragen, fast neu!! **Eleg. Herrenanzüge** sehr preiswert Wandstr. 1. 11.

Ferkel und Fatterschwein 1 Pfd. **verf. Bahn, Wagdb., Wetzehäfen, Söhleer Str. 70.**
Kl.-Ottersleben, Magdeburger Straße 34, gut jagendes Freituchen billig zu verkaufen. 3320

Rüchzeugtel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12.
Donnerstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.
Freitag: Schellfisch mit Salzkarotten und Möstchensauc.
Sonntabend: Saure Kartoffelsuppe mit Rippenfed.
Frauen-Speiseaal parterre.

Neuhaldensleben.
Franz Benz, Steinstraße 10
6283 Jeden Freitag:
Schlachtfest.

Burg. Konzerthaus.
Freitag
den 6. Dezember,
abends 8 1/2 Uhr
nur ein Belzer-Abend
der
Original-
Leipzig.-Sänger

Eintrittskarten an d. Abendkasse, Saal 65 Pf. — Galerie 35 Pf.
Vorverkauf Saal 55 Pf. in d. Zigarettegeschäft des Herrn Löfer, bei Herrn Berner und bei Herrn Bästlow. 3229
Es ladet ein D. D.

Praktische Weihnachtsgeschenke



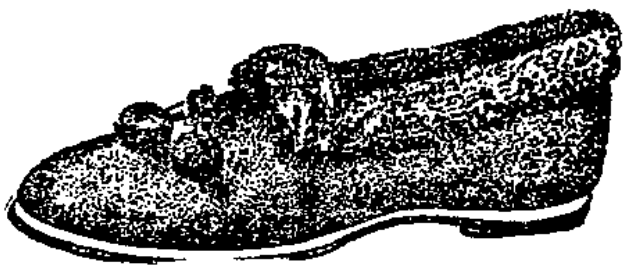
3.50 und 4.00 Mark.



2.85 Mark.



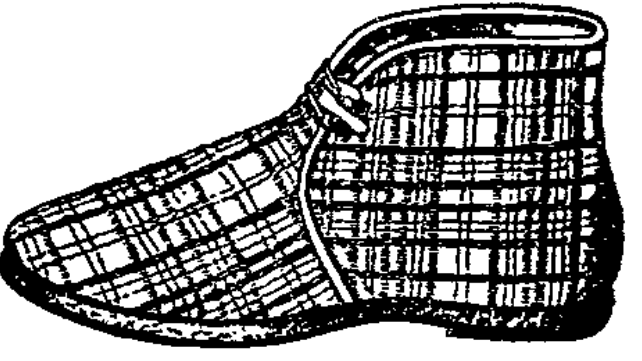
1.60 bis 2.50 Mark.



2.00 bis 3.50 Mark.



1.10 bis 2.00 Mark.



2.90 bis 5.00 Mark.



mit Lederbesatz 4.00 bis 6.00 Mark.



1.35 und 1.50 Mark.

Haus- u. Filzschuhe, Pantoffel, Gummischeue in reichhaltiger Auswahl.

Steinfeldt

Magdeburg

Jakobstraße 38, Ecke Rotekrebsstraße
Alte Ulrichstraße, 1. Haus vom Breiten Weg

Magdeburg-Buckau.
Einem geehrten Publikum sowie Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Klosterbergstraße 15 ein **Materialwaren-Geschäft mit Schlachten** eröffnet habe. Ich bitte um werthen Zuspruch.
Albert Köhn.

210 000 Mark sind zu günstigen Zinsfuß 10 Jahre fest, auch in geteiltten Beheiteh, aus Wohnzimmer, Schlafzimmern, auf Haus- u. Uckergrundzimmern und Küche umständehalber stück auszuleihen. Anfragen sind spottbillig zu verkaufen Lübecker Straße 103, Tischlerei. 4950 die Expedition d. Bl. 5208

Romane Damen-Kleider-
zu verleihen Trübsberg 23. Geschäft billig zu verkaufen. Dfferten u. B 3303 Erped. d. Bl.

Burg. Geschäfts-Übernahme. Burg.
Dem geehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum gestatte ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich die **Büderei von Albert Walter, Grabower Straße 51,** käuflich übernommen habe. Für gute und schmackhafte Ware werde ich stets Sorge tragen. Hochachtungsvoll **Max Baade.**
Frühstück sowie sämtliche Backwaren sende auf Wunsch frei Haus bei reeller Bedienung. 4959
Bezugnehmend auf Obiges danke ich bestens für das mir in so reichem Maße geschenkte Wohlwollen und bitte, dasselbe auf meinen Nachfolger zu übertragen. Hochachtungsvoll **A. Walter.**

Union-Theater
Lübecker Straße 21. 4518
Die Braut des Todes
Sensations-Schlager in 3 Akten.
Achtung! Heißes Blut Achtung!
Preisgekröntes Drama.
In den Hauptrollen **Asia Nielsen** und **Urban Gad.**
Die Dramen werden meisterhaft registriert und künstlerisch musikalisch begleitet.

Stimmen der Freiheit

Blütenleje der besten Schöpfungen unsrer
:: Arbeiter- und Volksdichter ::
Herausgegeben von Konrad Weißwanger

50 Lieferungshefte à 10 Pfennig
Bestellungen nehmen alle unsre Austräger
:: und Kolporteurs entgegen ::

Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3.

Wissen Sie?

Das richtige
Spezialgeschäft
für wenig getragene
Maß-Garderoben

„Tip Top“

ist nur
Breiteweg 87, I,

gegenüber

der Braunschweigstraße.

Verkauf eleg. Jacketts,
Fracks, Gehörte und
Smoking-Anzüge, Paletots,
Mäntel, einzelner
Hosen, Westen, Sakkos
aus Prima Stoffen
zu enorm billigen Preisen

Gehe auf alle Waren
5 Prozent Rabatt!

Stets große Auswahl in Gar-
derobe für forpulten Herren.

Achten Sie

auf Str. 87, I.

Größtes

Spezial-Fragen-Geschäft

in wenig getragener

Maß-Garderobe

am Platz. 5218

Serner habe neue Garderobe

ebenfalls in großer Auswahl
bei sehr billigen Preisen.

300 St. Puppenwagen

sollen bis Weihnachten zu
jedem annehmbaren Preise ver-
kauft werden. Fritz Prager,
Buckau, Schönebecker Str. 34,
Sudemb., Halberstädter Str. 30d.

Größe Spielwaren-Ausstellung.

Regenschirme neue Mode

in gut. Qualität.
für Herren und Damen.
einzelne sehr preiswert zu verkaufen.
Blumenthalstr. 2, vorn r. 1 St.

Singer-Nähmaschine, tabel-
los gut nähend, 15 Mk. Goeke,
Goldschmiedebrücke 5, l. 5400



Größtes u. billigstes Spezial-
geschäft am Platz.
Puppenwagen mit Aus- 2.85 an
schlag von
Puppenklappwagen von 3.00 an
Puppensportwagen von 0.95 an

Kinderwagenhaus Höhnemann
Fernruf 5205 Magdeburg Schönebeckstr. 13

Basta-Wein

das Beste bei Blutarrest,
Entkräftung und Magenleiden usw.

Flasche 1.50 und 1.75 Mark 4702

Atelier für moderne Photographie

parierte gelegen,
dabei sehr bequem für alte Leute und Kinder

Spezialität:
Vergrößerungen nach jedem kleinen Kinde.
Weihnachtsaufträge baldigst arbeiten!

Sonntags geöffnet! Billigste Preise!
Heinrich Friebe

Sudenburg, Halberstädter Str. 40, rt. 4908

Uchersleben.

Moritz Brh

Herren- u. Knaben-Garderobe

Verfertigung nach Maß

Größtes Spezialgeschäft am Platz.

Uchersleben.

Ein gutes

Weihnachts-Geschäft

Können Sie erwarten, wenn Sie die Aufmerksamkeit der Kauf-
lustigen auf Ihre Waren zu lenken verstehen. Zu diesem
Zweck empfiehlt sich eine Empfehlung Ihrer Firma in unserer
„Volksstimme“, die durch ihre ständig wachsende Auflage zu
einem erfolgreichen Werbemittel für die Geschäftswelt geworden
ist. Die „Volksstimme“ findet Eingang in mehr als 34000
kaufräftige Arbeiterfamilien und wird von ihren Lesern als
die berufene Vertreterin der wirtschaftlichen und politischen
Bestrebungen des werktätigen Volkes betrachtet. Daß unter
diesen Umständen Empfehlungen von ganz besonderer Wirkung
sein und auch sicheren Erfolg bringen müssen, bedarf keiner
Bekräftigung. Außerdem sucht der Verlag die Werbekraft
der Anzeigen durch anerkannt wirkungsvolle Ausstattung noch
zu erhöhen. Umfangreiche Verbesserungen an unsern Druck-
maschinen ermöglichen es uns, auf Wunsch Inserate in zwei-
farbigem Druck erscheinen zu lassen. Diese Neuerung leistet
im Konkurrenzkampf die besten Dienste, da sie eine nicht zu
überbietende auffallende Wirkung der Anzeigen garantiert.
Mit praktischen Ratschlägen, Entwürfen und Preisberechnungen
stehen wir gern zur Verfügung. Besuch unserer Vertreter
auf Wunsch jederzeit. ::

Verlag Volksstimme

Magdeburg, Große Münzstraße 3 :: Telephon 1567.

Bilder-Einrahmungen

schnell, sauberst, preiswert!

Gustav Meyer, Buckau, Dorotheenstraße 10
Fernsprecher 3124

Ein Pfund:	hat einen Fettgehalt	Ein Pfund kostet Mk.
Butter	vom ca. 85%	1.50
Palmona	vom ca. 90%	0.90
Palmin	vom 100%	0.75

Man erhält also für
Eine Mark

0,56 1,00 1,33
Pfund Speisefett

300 Schaufelpferde
in Zell u. Blüsch spottbillig zu
verkaufen Breiteweg 24, Eing.
Berliner Str., vis-a-vis Tonbild-
Theater (keinTab.) Verk. im Lager

Strümpfe selbstgestrickte, er-
hält man billigst
bei F. March
Breiteweg 93, l.

Lange & Münze

51a Breifeweg 51a



Spezialabteilung für

- Trauer-Hüte ::
- Trauer-Blusen ::
- Kostüm-Röcke ::
- Handschuhe
- Schleier
- Krawatten :
- Flore etc.

Hohelegante Winter- u. Winter-Paletots von 11.50 Mk. an. - Zum Ausuchen! - M. Grimmig Junkerplatz Junkerplatz

Möbel-Käufer Eine nußbaum Wirtshaus

bestehend aus: 1 Kleiderkasten reich geschmückt, 1 dito Bett mit Spiegel, 1 Jugendstuhlmisch mit Stuhl, 1 Sofa, 4 Stühlen, 1 eleganten Büchertisch, 2 mod. hohen Betten, 1 Tische, 1 Küchenschüssel, 1 Anrichte, 1 Tisch, 1 Stuhl, 1 Stuhl, 2 Stühle, 5209 für zusammen nur

300.00 Mark

Transport frei! Beschichtigung erbeten! Auf Wunsch Spezial-Transportofferte für Braunkohl

Friedrich Lorenz Spezial-Möbelhaus für gebiegene Einrichtung Peterstraße 17.

Maldiva die Zigarette der Feinschmecker!

Nach beendigter Saison Zurückgesetzte Möbel als Kleiderkasten, Vertikalspiegel, Garderobenspiegel, Trumeaus, Stühle, komplette Küche, ein komplettes Schlafzimmer und verschiedene andre Sachen für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen. Silberstraße 103, Tischlerei.

Ein gutes rotes sauberes u. mehr. gute Bettstühle für Blumenthalstr. 2, vorn r. 1

Schallplatten, abgegriffene, Wickmann, Vogelgreiff, 3.